Nr. 104 — Jahrgang 17 Einzelnummer 0,20 Zl. Donnerstag, den 7. Mai 1931

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bielsko, Republikanska Nr. 41.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0.80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Abonnement: Vierzehntägig vom 1. bis 15. 5. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Wichtige Ministerberatungen für Genf

Marschall Pilsudskis Interesse für die deutsch-österreichische Zollunion — Die Vorbereitungen der polnischen Delegation für die Ratstagung — Eifrige Ministerbesuche beim Premier — Vorberatungen über die außerordentliche Sejmsession — Slawek bleibt bis nach Parlamentsschluß im Amt

Warschau. Die Regierungspresse bespricht sehr eingehend die Konferenzen des Marschalls über außenpolitische Fragen. Er hatte in den letzten Tagen wiederholt Unterredungen mit dem Außenminister Zaleski und Vertretern der polnischen Diplomatie, darunter auch mit dem polnischen Gesandten in Prag, Dr. Grzybkowski. Wie er heißt, gilt das Hauptinteresse des Marschalls der Frage der deutsch-österreichischen Zollunion und die Stellungnahme, welche Polen gegenüber diesem Plane in Genf einnehmen soll. Eine Entscheidung des Marschalls dürfte in den nächsten Tagen zu erwarten sein.

Im Zusammenhang mit der Völkerbundstagung führt auch der Außenminister Zaleski wichtige Unterhandlungen mit den Delegationsmitgliedern, die er in Genf führen wird. Nicht Oberst Beck, wie berichtet wurde, wird die polnische Delegation führen, sondern Zaleski, wichtige Veränderungen im diplomatischen Dienst dürften auch erst nach der Ratstagung erfolgen.

Der Premier Slawek hatte im Verlauf des Dienstag eine Reihe Besprechungen mit einzelnen Ressortministern, besonders aber mit dem Finanzminister. Die Sejmtagung dürfte erst am 25. oder 26. Mai einberufen werden, wobei besonders die Beamtendienstpragmatik eine wichtige Rolle spielen dürfte. Die Regierung beabsichtigt ferner eine Reihe von Projekten dem Sejm zu überweisen. Die Tagungsdauer der Sejmsession wird noch näher vom Staatspräsidenten bestimmt und hängt ganz von den Arbeiten ab, die die Volksvertretung wird erledigen wollen.

In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß der Premierminister Slawek sein Amt erst nach der Seimsession niederlegen wird. Es heißt, daß Prystor der Ministerpräsident werden wird, während sein Amt vom Postminister Boerner übernommen wird.

Bruderkampf bei den Regierungssozialisten

Die Druckerei der Jaworowskigruppe zerstört. — Moraczewski schafft Ordnung!

Warschau. Die Auseinandersetzungen zwischen der Moraczewski-Gruppe und der Jaworowski-Gruppe innerhalb der Regierungssozialisten nehmen immer schärfere Formen an. Die Wahlniederlage der zur moralischen Sanierung übergegangenen PPS.-Leute führte bereits zur Spaltung dieses Lagers, und zwar eine Richtung für Moraczewski, der jetzt sogenannte Arbeitskammern zugunsten der moralischen Sanierung aufzuziehen bestrebt ist, und dem Stadtratspräsidenten Jaworowski, der sich zurückgesetzt fühlt. Am Dienstag drang nun der ehemalige Abgeordnete Medard Downarowicz in die Druckereiräume der Jaworowskigruppe, terrorisierte hier Redaktion und Personal, vernichtete die Telephonanlage und die Arbeitsgeräte. Schließlich wurden zwei Maschinen abmontiert und aus den Räumen entfernt, damit die Jaworowskigruppe keine Möglichkeit des Kampfes mit der Moraczewski-Richtung habe, nachdem auch die Kampfverbände dieser Richtungen im Zerfall sind. So enden die sogenannten „Regierungssozialisten“, da sich jetzt wieder in der Moraczewski-Gruppe eine zweite Spaltung vorbereitet.



Zum 70. Geburtstag des indischen Dichters Rabindranath Tagore

Der indische Dichter Rabindranath Tagore, Träger des literarischen Nobelpreises von 1913, wird am 7. Mai 70 Jahre alt. Die Werke des Dichters sind größtenteils ins Deutsche übersetzt, seine Dramen gingen über zahlreiche deutsche Bühnen. Seine Lyrik verbindet in origineller Weise altorientalische und moderne Motive.

Vorboten zum Kurswechsel?

Die hartnäckigen Gerüchte von einer Regierungsumbildung wollen trotz aller Dementis aus dem Sanacjalager nicht verstummen. Und je stärker man sich in Kreisen der heutigen politischen Machthaber fühlt, um so deutlicher kommt die Unhaltbarkeit des jetzigen Systems zum Ausdruck. Kein Wunder darum, daß sich Gerüchte bilden, die den einzigen Ausweg aus der Krise in einer Regierungsumbildung sehen. Bisher war man gewohnt, alles auf die Schultern des Marschalls abzuschieben und für jede Tat ihm allein die Verantwortung zu überlassen. Man muß es offen zugeben, daß der Marschall bisher auch keinen Augenblick gezögert hat, diese Verantwortung auf sich zu nehmen und im gegebenen Augenblick einzugreifen, wie er es für zweckmäßig hielt. Aber die harten Naturnotwendigkeiten des Staatsganzen in Politik und Wirtschaft lassen sich zwar von einem Einzelnen dirigieren, wie der Erfolg wird, das beweisen erst die Wirklichkeiten des Lebens, und diese gingen in einer ganz anderen Richtung, als man es je im Lager der moralischen Sanierung erhofft hatte. Alle die schöpferischen Wunder und Versprechungen sind ausgeblieben, erhalten wird nur ein Ziel, alles nach militärischem Muster zu formieren, in der Meinung, daß hier die Lösung am ehesten erreichbar wird.

Die internationale Wirtschaftskrise und die aus ihr sich ergebenden Probleme machen aber vor militärischem Wollen nicht halt, und so fand die Krise den polnischen Staat völlig unvorbereitet, um die schlimmsten Auswirkungen der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen zu mildern, denn um sie zu verhindern, hat noch kein Volkswirtschaftler und auch der fähigste Staatsmann ein Rezept nicht gefunden. Diese traurige Lage brachte es mit sich, daß der Marschall seinen Erholungsurlaub, der erst Ende Mai beendet sein sollte, unterbrochen hat und nach Polen heimzukehren, um in die traurige Wirklichkeit einzugreifen. Das Erste war die außerordentliche Sejmtagung, die Polen die Anleihe für den Eisenbahnbau Gdingen—Oberschlesien brachte, über deren Wert in politischen Kreisen hart gestritten wird. Daß sie ein neues Opfer für Polen bedeutet, ist nicht zu leugnen, doch die Kritiker vergessen eines, daß derjenige, der Geld braucht, sich dem unterordnen muß, der es zu vergeben hat. Und man muß schon der Objektivität wegen zugeben, daß die Opposition, trotz aller Kritik, früher keinen Ausweg zeigen konnte, wie man in Polen selbst die erforderlichen Mittel schafft. Ob die innere Anleihe von etwa 100 000 Millionen Zloty gelungen wäre, kann mehr als zweifelhaft gelten, denn der Geldmangel ist es eben, der die Regierung zur Aufnahme immer neuer Anleihen zwingt, und der Geldmangel ist es, der so viele Betriebe stillstehen läßt und so viele Unternehmungen zum Konkurs treibt. Freilich ist das heutige System von der Schuld nicht freizusprechen, daß es die polnische Wirklichkeit mit anderen Augen sieht, als die Mehrheit des polnischen Volkes, welches von der moralischen Sanierung ganz andere Dinge erwartet hat, als die Fortsetzung der früheren Politik in verschlechterter Form.

Diese traurige Wirklichkeit ist es nun, die fortgesetzt neue Gerüchte schafft, die sich ausschließlich um das Kabinett drehen. Das Parlament ist ja, wie die letzte außerordentliche Tagung klar und deutlich bewiesen hat, zu einer Jasagemaschine des Kabinetts geworden. Ein Ziel, daß sich die moralische Sanierung gesetzt hat, die Mehrheit im Parlament zu erlangen, um dann ohne alle Schwierigkeiten jene Maßnahmen zu treffen, die es im Interesse der Sanierung glaubt durchführen zu müssen. Aber von dieser schöpferischen Politik hat man sehr wenig gemerkt, das Budget ist ganz im Sinne der Regierung angenommen worden, noch bevor die dritte Lesung beendet wurde, erhoben sich Zweifel über seine Realität, das Kabinett bestritt eventuelle Defizite, aber schon am 1. Mai, ein Monat nach der Inkrafttretung, mußte man zu außerordentlichen Sparmaßnahmen greifen, man beschnitt die Gehälter der Staatsbeamten um 15 Prozent, und jetzt will man in aller Eile bei der zweiten außerordentlichen Tagung der Volksvertretung die Dienstpragmatik der Staatsbeamten ändern, um einen freien Weg für den Beamtenabbau zu haben. Man spricht bereits vom 25prozentigen Abbau, der ja, nach Lage der Gesamtwirtschaft, erklärlich ist. Doch darf man hier die immerhin bedenkliche Frage aufwerfen, ob diese Spar-

Curtius gegen den Polenvertrag

Der deutsche Außenminister zum polnisch-deutschen Handelsvertrag — Die Zollunion wird durchgeführt Feste Haltung in Genf

Berlin. Der Reichsausschuß für Handel und Industrie der Deutschen Volkspartei trat unter Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Dr. Hugo zu einer Sitzung zusammen, an der auch Reichsaußenminister Dr. Curtius teilnahm.

In seinem Vortrag über die zoll- und handelspolitische Lage führte Dr. Schneider u. a. aus, daß Deutschland im Hinblick auf die Gesamtlage aus der tiefen Stagnation herausgekommen sei. Nach Osten und Süden stände Deutschland aber noch immer vor großen Schwierigkeiten. Bei der Politik stark erhöhter Schutzzölle zur Erhaltung der einheimischen Landwirtschaft habe die Deutsche Volkspartei die Forderung vertreten, daß diese Sicherung gegen den Einfluß der Weltmarktpreise keine Verteuerung der inländischen Lebenshaltung und keine Störung der handelspolitischen Beziehung zum Auslande bedeuten dürfte.

Im Anschluß an Dr. Schneider ergriff Reichsaußenminister Dr. Curtius das Wort, um zu einer Reihe von handelspolitischen Fragen Stellung zu nehmen, so zu dem deutsch-polnischen Handelsvertrag, zu den deutsch-rumänischen Verhandlungen und zum deutsch-österreichischen Zollabkommen. Er stellte fest, daß an dem Nichtzustandekommen des deutsch-polnischen Handelsvertrages in erster Linie Polen die Schuld trage, das das ganze letzte Jahr habe verstreichen lassen, ohne eine Ratifizierung einzuleiten. Inzwischen hätten sich die Verhältnisse so geändert, daß auch Deutschland daraus Folgerungen ziehen müsse.

Bei der Besprechung des deutsch-österreichischen Zollabkommen erörterte der Minister die bevorstehenden Verhandlungen vor dem Europa-Ausschuß und dem Völkerbundsrat in Genf. Die Darlegungen ließen keinen Zweifel daran, daß die deutsche und die österreichische Regierung entschlossen sind, mit aller Kraft das Abkommen durchzuführen.

maßnahmen auch wirklich das erforderliche Resultat zeitigen werden. Ein Umbau des Beamtenapparates, der nach einem solchen Schub von 25 Prozent erfolgen muß, kann unter Umständen größere Aufwendungen erfordern, als faktisch durch die Sparmaßnahmen erübrigt wird. Aber gegen diese Sparmaßnahmen wird sich wohl kaum die Sejmmehrheit wenden, sie erreicht nur eines, daß immer größere Massen, auch der treuesten Sanatoren, sich vom heutigen Kurs abwenden, was ja schon deutlich genug beim Gehaltsabbau zum Ausdruck kam.

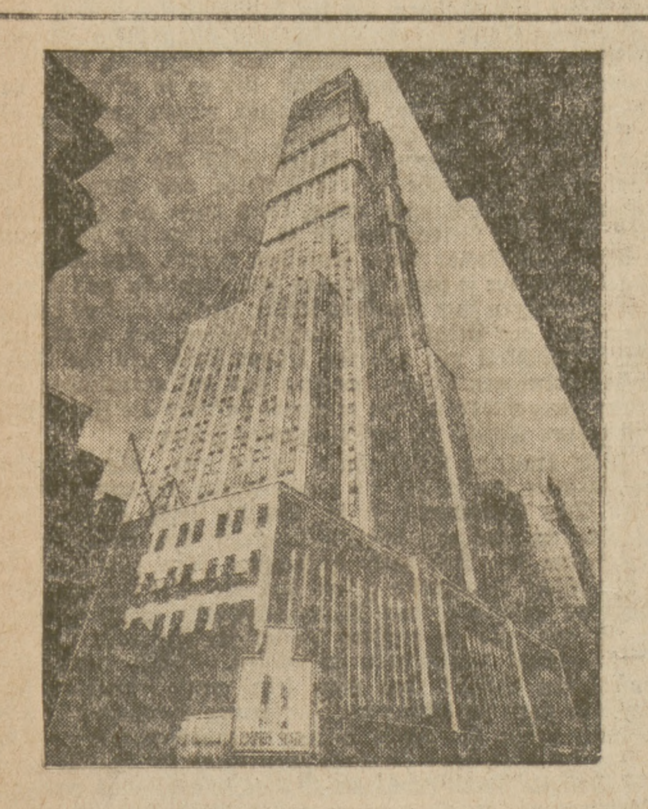
Zwar ist heute der Auflösungsprozeß im sogenannten Regierungslager erst im Beginnen, und darum ist es auch verständlich, wenn das Kabinett selbst in die Sejmmehrheit einen starken Mann entsenden will, der die Extreme beisammenhält. Selbst die beste Mehrheit kann auf die Dauer nicht gegen den Willen ihrer Wähler für jede Regierungsvorlage stimmen, wie es dies der heutige Kurs erfordert. Der Ministerpräsident Slawek, im heutigen Kabinett, der Mann ohne besondere Ambitionen und Ehrgeiz, soll nun die schwierige Aufgabe der Einigung im Regierungsklub durchführen. Zunächst mag ihm das gelingen, doch wie lange, das ist eine Frage der Zeit. Gegen die wirkliche Wirklichkeit, die viel mit Versprechungen operierte und wenig zu erfüllen in der Lage war, wächst eine natürliche Opposition, aber nicht mehr im Lager der Gegner des Kurses, sondern im Lager der bisherigen Freunde selbst. Diese Erkenntnis scheint auch bei den Trägern des Systems einzuleuchten und darum die fortgesetzten Gerüchte von der Umbildung der Regierung, die auch eine Veränderung in der Politik nach sich ziehen soll. In welcher Richtung, das steht noch nicht fest. Vielleicht noch zur schärferen Anwendung von Maßnahmen, die die Gegner zum Schweigen bringen soll, wie dies die Ankündigung des neuen Pressegesetzes beweist, die der Oeffentlichkeit über die Landespolitik eine Friedhofsruhe auferlegen will. Aber den Gärungsprozeß gegen das System selbst, wird es in den Reihen des Volkes, die darunter zu leiden haben werden, nicht aufhalten können. Und hier ist die Kursänderung am wichtigsten, denn diese wird es herbeiführen, daß mit der moralischen Sanierung Schluß gemacht wird.

Es wäre übertrieben, diesen Prozeß der Zersetzung und des wachsenden Unfriedens gegen das Sanacjasystem schon jetzt zu erwarten. Noch fühlt sich die Regierung stark genug, um alle Widerstände der Opposition zu brechen und noch hoffen Millionen, daß die erlösenden Gesetze, die ein polnisches Paradies schaffen sollen, kommen werden. Es wird ausbleiben, nicht weil vielleicht der gute Wille fehlt, sondern, weil die internationalen Zusammenhänge nirgends ein Paradies entstehen lassen können, wenn es nicht von reichen, dazu befähigten Staaten, durchgeführt wird. Und zu diesem Paradies besteht gerade in den reichsten Ländern keine Neigung, im Gegenteil, sie werden durch die Armut der anderen Länder selbst in die latente Krise mit einbezogen, wie es sich jetzt am amerikanischen Wirtschaftswunder vollzieht. Mögen die Minister wechseln, die Regierungen noch so viele Aenderungen erfahren. Wenn man nicht eine grundsätzliche Aenderung der heutigen Politik vollzieht und nicht gleichzeitig die Gesamtheit des Volkes zur Mitarbeit heranzieht, Demokratie in vollem Umfange einführt, werden alle Ansagen fromme Wünsche bleiben, bis die eiserne Wirklichkeit, auch mit der moralischen Sanation ein Ende macht. —ll.

Abschluß der Konferenz der Kleinen Entente

Bukarest. Die Konferenz der Kleinen Entente hat ihre Arbeiten abgeschlossen. In dem über die Lage ausgegebenen offiziellen Kommuniques heißt es: In ihrer Sitzung vom 4. Mai haben die Vertreter der drei Länder in Anwesenheit des rumänischen Finanzministers und des Handelsministers den Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion erörtert und vom juristischen, politischen und wirtschaftlichen Standpunkt geprüft. Sie haben auch die ihnen von der französischen Regierung übermittelten Vorschläge sowie das Wirtschaftsproblem in seinem ganzen Umfang einer eingehenden Beratung unterzogen.

Die drei Regierungen haben die völlige Uebereinstimmung ihrer Auffassungen über alle geprüften Fragen festgestellt und haben beschlossen, hierbei eine gemeinsame Haltung bei den bevorstehenden Verhandlungen vor dem Völkerbundsrat, im Europaausschuß und bei etwaigen sonstigen Verhandlungen zwischen den interessierten Staaten einzunehmen. Sie haben sich hinsichtlich der Agrarkrise für die sofortige Durchführung des Präferenzsystems zugunsten der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und für die baldige Prüfung weiterer Vorschläge ausgesprochen.



Der höchste Wolkenkratzer der Welt eingeweiht

Das Empire State Building in New York, das mit 86 Stockwerken 415 Meter hoch in den Himmel ragt und das höchste Bauwerk der Welt darstellt, wurde durch Präsidenten Hoover feierlich eröffnet, der von Washington einen elektrischen Kontakt auslöste, worauf sich sämtliche Türen des Gebäudes öffneten.

Anklagen gegen den Kapitalismus

Die Internationale Handelskammer über die Wirtschaftskrise — Schuldenstreichung keine Lösung der Krise — Die unzulängliche politische Führung der Welt — Gegen den Börsenschacher

Washington. In der Vormittagssitzung der Internationalen Handelskammer erklärte der bekannte schwedische Industrielle und Vizepräsident der Internationalen Handelskammer Edström, er glaube nicht, daß die internationale Politik, Zollpolitik und Trustpolitik, die gegenwärtige Depression verursachten. Sie seien lediglich erschwerende Faktoren.

Die Hauptursache der Depression sei die Konzentrierung des Kapitals in den industriell hochentwickelten Ländern.

Als niemand mehr gewinnbringend Geschäfte treiben konnte, sei dann im Sommer 1929 die Krise nach Amerika gelangt.

Sir Alan Anderson, Mitglied der Bank of England und Sachverständiger bei den Dawes- und Youngplankommissionen widersprach der Möglichkeit,

daß weitere Kürzungen der alliierten Kriegsschulden zur Zeit durchführbar seien.

Eine Streichung dieser Schulden würde keine Lösung der Weltkrise bringen, wenn auch die Krise durch diese Zahlungen ernsthaft verschärft werde. Wesentlich dagegen sei die Wiederherstellung des Freihandels, soweit irgend möglich, und gesunde Kreditbedingungen.

Melvin Traylor, Präsident der First National Bank of Chicago und Organisator der Bank für internationalen Zahlungsausgleich sprach über

„psychologische Faktoren in geschäftlichen Krisen".

Die Krise, erklärte er, habe im Juli 1914 begonnen,

als die politische Führung der Welt versagte

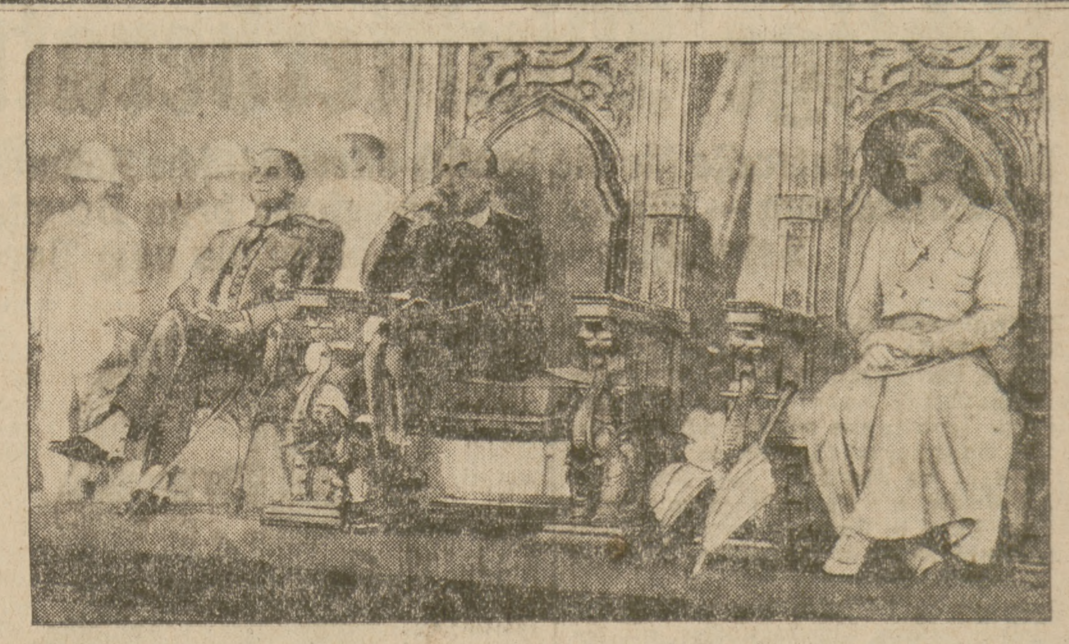
und die Menschheit in den Weg lenkte, der zur Tragödie von 1930 führte. Es sei ein Armutszeugnis für die Welt und besonders für Amerikas wirtschaftliche und politische Führung,

daß man inmitten von Ueberfluß so viele Arbeitslose und Arme habe.

Die Preisgebarung der letzten zehn Jahre sei nicht auf Gold, sondern auf Kredit basiert. Amerika übertrieb im letzten Jahrzehnt die Steigerung des Exportgeschäftes durch Gewährung von großen Anleihen und des Inlandsgeschäftes durch Kreditgewährung. Man hätte sich sagen sollen, daß diese Treibhausmethoden nicht von Dauer sein können, denn niemand kann ständig borgen, um weitere Ankäufe zu machen.

Traylor empfahl die Abschaffung des sogenannten täglichen Geldes, ein Verbot des Börsenhandels in Aktien, die dem Händler nicht gehören und ein Verbot der Ausführung von Börsenaufträgen für weniger als 10 000 Dollar auf Kredit.

Von Amerikas Schutzzöllen sagte Traylor, daß sie die Industrie nicht vor etwa sechs Millionen Arbeitsloser bewahrt, aber den geplagten Farmern ihre Lebenshaltung weiter verteuert hätten. Dies sei ein weiterer Beweis dafür, daß **wirtschaftlicher Wohlstand sich nicht durch Eingreifen der Gesetzgebungsmaschine erzielen lasse.**



Der neue Vizekönig von Indien tritt sein Amt an

Der neue Vizekönig von Indien, Lord Willingdon, und seine Gattin während der Begrüßungsansprache in Bombay.
Links vom Vizekönig der Gouverneur von Bombay, Sir Frederick Sykes. — Der neue Vizekönig von Indien, Lord Willingdon, hat als Nachfolger Lord Irwins sein Amt angetreten.

Prügelszenen in der Kammer

Sympathiekundgebung für die spanische Republik — Die Kommunisten wieder einmal unzufrieden Schlagende Beweise

Paris. In der gestrigen Kammersitzung wurde die Debatte über die Interpellationen betr. das deutsch-österreichische Zollabkommen für Donnerstag anberaumt.

Alsdann wurde eine Antrag des sozialistischen Abg. Grumbach, die Kammer möge der neuen spanischen Regierung eine Sympathiekundgebung übermitteln, behandelt. Ministerpräsident Laval erklärte, er begrüße im Namen der französischen Regierung die junge spanische Republick herzlich. Er wünsche der spanischen Regierung von ganzem Herzen Erfolg. Die Beziehungen des spanischen und des französischen Volkes würden wie in der Vergangenheit freundschaftlich bleiben.

Als der kommunistische Abg. Cachin darauf sein Bedauern zum Ausdruck bringt, daß die spanische Republik eine bürgerliche Republik sei, wird er in der stürmischsten Weise von den Sozialisten unterbrochen und kann seine Ausführungen nicht fortsetzen. Es entsteht ein heftiger Wortwechsel zwischen dem baumlangen Kommunisten Marty und dem vor ihm sitzenden sozialistischen Abgeordneten Mambrosini. Man bemerkt, daß Marty sich vorbeugt und mit geballter Faust dem sozialistischen Abgeordneten einen Schlag ins Gesicht versetzt. Dieser wehrt sich, wird aber von seinen Kollegen zurückgehalten und trotz wiederholter Bemühungen gelingt es ihm nicht, Revanche zu nehmen. Diese Szene löst einen großen Tumult aus. Schließlich wurde der Antrag Grumbachs auf Uebermittlung der folgenden Kundgebung mit 540 gegen sechs Stimmen angenommen: die französische Kammer übermittelt der spanischen Republik ihre Sympathie und gute Wünsche.

Krylenko seines Amtes als Staatsanwalt enthoben

Moskau. Das Präsidium des Allrussischen Zentralexekutivkomitees entband Krylenko seiner Pflichten als Staatsanwalt der Sowjetunion und ernannte ihn zum Volkskommissar der Justiz für Innerrußland.

Ein Vorschlag zur Kriegsverhütung

Genf. Wie bereits gemeldet, tritt kurz nach der Ratstagung in Genf noch einmal ein Ausschuß zusammen, um zu der Frage der Kriegsverhütung durch vorbeugende Maßnahmen des Völkerbundsrates Stellung zu nehmen. Die schwedische Regierung tritt in einem Vorschlag, der heute vom Völkerbundssekretariat veröffentlicht worden ist, dafür ein, daß sich die Regierungen bei einem drohenden Konflikt verpflichten, auf die Presse einzuwirken, daß falsche und tendenziöse Darstellungen über den Konflikt vermieden werden. Die schwedische Regierung erklärt, sie sei überzeugt, daß die Pressefreiheit geachtet werden müsse; aber es gäbe Fälle, wo eine aggressive Propaganda gegen eine auswärtige Macht derartig bedrohliche Formen annehmen könnte, daß dadurch die Aufrechterhaltung des Friedens schwer gefährdet werde. Die schwedische Regierung bemerkt noch, daß der Vorschlag zu dieser Anregung vom Präsidenten des Roten Kreuzes in Schweden ausginge.

Der Eindruck der Hoover-Rede

Berlin. Die Rede Hoovers auf der Tagung der Internationalen Handelskammer wird in hiesigen politischen Kreisen als äußerst bedeutungsvoll bezeichnet. Die Aeußerungen Hoovers zur Abrüstungsfrage deuten nach hiesiger Auffassung darauf hin, daß Amerika erkennt, daß die Abrüstungsfrage sich auf die Reparationsfrage auswirken kann. Damit deckt sich der Standpunkt Hoovers ganz mit dem deutschen Standpunkt in diesen Fragen. Auch die Stellungnahme Hoovers über die Sicherheitsfrage entspricht der deutschen Ansicht. Hoover ist im Gegensatz zu Frankreich der Auffassung, daß die Sicherheit durch die Abrüstung herbeigeführt werden muß. Ebenso begrüßt man in deutschen politischen Kreisen die Stellungnahme Hoovers zum Kelloggpakt und den anderen Abkommen, wo ebenfalls ein Gegensatz zu der französischen Auffassung zutage tritt, die bekanntlich dahin geht, daß Kelloggpakt, Locarnoabkommen und die übrigen Verträge nicht ausreichend für die Sicherheit Frankreichs seien.

London von dem Briandschen Gegenplan unterrichtet

London. Das französische Außenministerium hat die zuständigen englischen Stellen von dem neuen Briandschen Gegenplan unterrichtet. Die Mitteilung erfolgte in inoffizieller Form auf mündlichem Wege. London hat vorläufig davon Abstand genommen, näher auf den Plan einzugehen oder sich schon irgendwie festzulegen. Die Briandsche Aktion ist also, soweit London in Frage kommt, bisher sehr einseitig verlaufen.

Steigende Arbeitslosenziffer in England

London. Das Arbeitsministerium gibt bekannt, daß die Zahl der Arbeitslosen in Groß-Britannien am 27. April 2 520 113 beträgt. Dies bedeutet eine Zunahme von 6257 gegenüber der Vorwoche und von rund 829 767 gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

Die chinesische Nationalversammlung zusammengetreten

Tschiangkeischek über die Lage.

Nanking. Am Dienstag ist die chinesische Nationalversammlung zusammengetreten, die aus Vertretern aller chinesischen Provinzen besteht. Tschiangkeischek berichtete über die politische Lage. Er sei bestrebt, in China eine demokratische Republik zu schaffen. Der Kampf um die Selbständigkeit Chinas wird mit allen Mittel fortgesetzt.

Polnisch-Schlesien

Milch als Verjüngungstrank

In alten Geschichten und Heilungsberichten wird zuweilen von wunderbaren Verjüngungskuren durch Milchgenuß erzählt. Andere Mitteilungen über sehr alte Menschen, 100jährige und noch ältere, bezeichnen Milchgenuß nicht selten als eigentliche Ursache. So sollen angeblich bulgarische Bauern besonders alt werden, und Yoghurt oder ähnliche Milchprodukte sollen daran schuld sein. Ein Mann vom Balkan, der angeblich 160 Jahre alt sein und Zeit seines Lebens nur Milch usw. als Getränk genossen haben sollte, durchreiste Amerika als Reklamemittel für die günstige Wirkung der Prohibition.

Nun ist es sicher, daß dieser Mann gar nicht 160 Jahre alt war; eine wirklich authentische Feststellung seines Geburtsjahres ist nie zu erreichen gewesen. Mit solchen Uebertreibungen wird man einem Zweck, auch wenn er eine gute Lehre stützen will, auf die Dauer nie gerecht werden. Aber in der Tat ist etwas Richtiges an dem Volksglauben, der aus solchen Mitteilungen spricht, daran: Milch kann unter Umständen als Verjüngungsmittel wirken.

Es hängt das zuvorderst mit ihrer durchspülenden Wirkung zusammen. Im Körper bleiben bei den Stoffwechsel- und sonstigen Lebensvorgängen immer Abfälle zurück, die durch die Abfuhrsysteme von Nieren, Darm, Haut, entfernt werden müssen. Reichliche Flüssigkeitszufuhr verdünnt die Stoffe, schwächt ihre Giftwirkung ab und entlastet auch die Nieren, indem diese die Giftstoffe in starker Verdünnung zur Ausscheidung bekommen. Eine Entgiftung des Körpers bedeutet gleichzeitig ein Jungbleiben und Elastischwerden aller Organe, und damit ist auch ein Jungaussehen und Sich-Jung-Fühlen des ganzen Menschen verbunden.

Noch wichtiger aber ist die Wirkung der Milch und ihrer Abkömmlinge auf den Darm. Die gewöhnliche Milch ist ja nicht bei jedem Menschen in gleichem Sinne wirksam. Milch ruft, namentlich in größeren Mengen, bei manchen Menschen Erhöhung der Darmtätigkeit hervor, während sie bei anderen in gerade entgegengesetztem Sinne wirkt. Das ist individuell verschieden und es muß jeweils im Einzelfall ausprobiert werden, wie sich der Darm zum Milchgenuß verhält. Eine Generalregel läßt sich nicht geben. Anders ist es dagegen bei saurer Milch und ähnlichen Milchabkömmlingen, also Yoghurt, Kefir usw.; hier ist eine darmanregende, abführende Wirkung weitaus überwiegend.

Und diese Erhöhung der Darmanregung ist gleichbedeutend mit einer Verjüngung. Man kann sagen, fast alle sogenannten Verjüngungsmittel wirken auf diesem Umwege, sie enthalten irgend einen Stoff, der darmanregend wirkt, wenn sie überhaupt wirken sollen. War ein Darm vorher zu langsam und kommt er unter geeigneter Kost in die richtige und nötige Bewegung, dann schwinden mit einem Schlag oft die störenden Hautunreinlichkeiten, die Haut wird frisch und weich (der Teint wird schön), und allein diese Aenderung ruft ein jugendliches Aussehen hervor. Aber es schwinden gleichzeitig Körperbeschwerden aller Art, Gelenkschmerzen, Kopfweh, Nervenentzündungen, Gefäßleiden, Leber- und Gallenbeschwerden, Magenstörungen, Schlaflosigkeit. In gewisser Beziehung ist die Regelung der Darmtätigkeit, gleichgültig, ob sie nun durch saure Milch oder Yoghurt oder Obst oder schlackenreiche Kost oder was sonst erfolgt, ein Allheilmittel. Für eine Vergiftung vom Darm aus ist häufig eine Fernwirkung erforderlich. Ein Mensch kann nicht schaffen vor Kopfschmerzen, ein anderer hat verwelkte Züge im Gesicht, ein dritter kann die Schulter nicht heben vor Schmerzen im Gelenk oder ein Beingeschwür wächst nicht mehr zu, und alles schwindet im Augenblick, da die Tätigkeit des Darmes in die richtigen Bahnen geleitet ist.

Bei der Verdauung bilden sich giftige Stoffe im Darm. Milch und Milchabkömmlinge üben nun auch einen direkt vermindernden Einfluß auf diese Giftbildung aus. Wahrscheinlich sind es die Milchsäurebakterien, die die Eiweißzersetzung im Darm nicht allzuweit gehen, sondern an einem Punkt enden lassen, da sich noch nicht allzuviel Gifte gebildet haben. Das ist der Grund, warum der Zusatz von Milchsäurebakterien zur Nahrung in irgend einer Form von wissenschaftlicher Seite empfohlen wurde und auch heute noch wird. An dem Glauben der Volksmedizin über Verjüngungsmittel ist meistens etwas Tatsächliches daran, wenn man den Dingen genauer nachgeht, auch wenn die umhüllende Form vielfach übertrieben und unglaublich erscheint. Auch die Ansicht von der verjüngenden Wirkung der Milch enthält, wie man sieht, einen tatsächlichen und beachtenswerten Kern. Leider sind die Milchpreise bei uns viel zu hoch, weshalb wir auch nicht zu jenen gehören, die sich eines langen Lebens rühmen können.

Polen berichtet dem Völkerbund über die Durchführung der Schutzmaßnahmen für die deutsche Minderheit

Der Bericht der polnischen Regierung über die Durchführung der vom Völkerbundsrat beschlossenen Schutzmaßnahmen für die deutschen Minderheiten in Ostoberschlesien ist jetzt bei der ständigen polnischen Abordnung eingetroffen und wird nach Uebergabe an den Generalsekretär den Mitgliedern des Völkerbundsrates zugeleitet werden. Der Völkerbundsrat hat auf seiner Januartagung bekanntlich die polnische Regierung aufgefordert, sämtliche zum Schutze der deutschen Minderheiten in Oberschlesien erforderlichen Maßnahmen unverzüglich durchzuführen und insbesondere etwa bestehende engere Verbindungen zwischen den polnischen Behörden und dem Aufständischenverband zu lösen. Ferner hatte der Völkerbundsrat die polnische Regierung ersucht, auf der Maitagung einen Bericht über die Durchführung dieser Ratsentschließung vorzulegen.

Der Bericht der polnischen Regierung soll auf der bevorstehenden Tagung des Völkerbundsrates zur Verhandlung gelangen. Sollte sich aus dem Bericht ergeben, daß die Maßnahmen zum Schutze der deutschen Minderheiten ungenügend sind, so würde damit die Frage des Schutzes der deutschen Minderheit in Oberschlesien vor dem Völkerbundsrat aufs Neue zur Sprache gelangen.

Gegen die Provokation der Industrieritter

Die Angestellten protestieren gegen den unberechtigten Gehaltsabbau — Das eigentümliche Verhalten des Herrn Klott — Die Arbeitgeber werden arrogant — Gegen die unverantwortlichen Direktorengehälter — Die nächsten Forderungen der Angestellten — Kampf dem Ausbeutungssystem mit allen gesetzlichen Mitteln — Imposanter Verlauf der Angestelltenrätetagung

Am Dienstag versammelten sich fast 250 Vertreter der Angestellten im „Christlichen Hospiz“ in Kattowitz, um zu den Forderungen der Arbeitgeber nach Gehaltsabbau Stellung zu nehmen. Die Tagung trug einen überaus ernsten Charakter und zeigte, nach den Ausführungen der Referenten, in deutscher und polnischer Sprache, daß die Angestellten nicht gewillt sind, sich zu Opfern der Arbeitgeberwillkür machen zu lassen. Wiederholt ist in scharfer Weise das Verhalten der Industrie bei den Direktorengehältern gegeißelt worden, die diese auf Kosten der kleinen Angestellten erhalten will. Die Stimmung des Kongresses beweist, daß sich die Angestellten recht wohl ihrer Lage bewußt sind und auch begriffen haben, daß die Regierung in diesem Kampf ganz offen auf seiten der Unternehmer steht, die den Gehaltsabbau bei den Staatsbeamten dazu ausnutzen, um auch in der Industrie die Lohnreduzierung durchzuführen, obgleich die Indexziffern der Wojewodschaft geradezu eine Lohnerhöhung herausfordern.

Die Tagung wurde gegen ½7 Uhr durch die Kollegen Maciejewski und Dr. Rojek eröffnet, die darauf hinwiesen, daß es sich hier darum handelt, die Sonderwünsche der Angestellten zu besprechen, nachdem in der gemeinsamen Konferenz mit den Arbeitergewerkschaften die Angestellten ihre Solidarität im Kampf um die bestehenden Rechte bewiesen haben. Aber die Kongreßleitung müsse wissen, ob sie sich des Vertrauens der Angestellten erfreue und in ihrem Namen bei den kommenden Verhandlungen mit den Arbeitgebern sprechen darf, zumal das arrogante Verhalten der Arbeitgeber bei den letzten Verhandlungen bewiesen habe, daß man die Angestelltenvertreter, wie „dumme Jungen“ zu behandeln beabsichtige und bei den geringsten Beweisführungen sehr nervös werde.

Abgeordneter Brzeskot

als Vertreter des polnischen Lagers, gab zunächst einen Ueberblick über die Verhandlungen, die bisher, bezüglich des Lohnabbaus, geführt wurden und stellte fest, daß die Arbeitgeber in letzter Zeit ein geradezu

provokatorisches Verhalten

an den Tag legen. Sehr ausführlich beschäftigte er sich mit dem Verhalten des Generalarbeitsinspektors Kloit, der einfach von den Angestelltenvertretern fordert, **daß sie sich den Wünschen der Arbeitgeber anpassen** und die Dinge so darstellt, als wenn man mit dem Gehaltsabbau als mit einer vollendeten Tatsache zu rechnen habe. Redner gab einen ausführlichen Bericht über den Verlauf der bisherigen Verhandlungen und kommt zu dem Ergebnis, daß hier

nur ein gemeinsamer Kampf aller Angestellten,

den Gehaltsabbau verhindern kann und forderte die anwesenden Betriebsvertretungen der Angestellten auf, geschlossen hinter der Arbeitsgemeinschaft der Angestelltenverbände zu stehen. Lebhafter Beifall belohnte seine Ausführungen.

Kollege Peschka vom Afabund

sprach namens der Angestellten deutscher Richtungen, innerhalb der Arbeitsgemeinschaft und führte aus, daß die Situation außerordentlich ernst sei. Der Appell an die Behörden müsse ohne Widerhall bleiben, da die bisherigen Verhandlungen mit dem Generalarbeitsinspektor bewiesen haben, daß er sich völlig der Argumentation der Arbeitgeber unterordnete und den Lohnabbau als selbstverständlich betrachtet. **Das arrogante Verhalten der Arbeitgeber komme einer Provokation gleich,** denn die Herren wollen nichts davon hören, wenn man auf die Ursachen der Produktionsverteuerung eingeht und ihnen insbesondere

die hohen Direktorengehälter als absatzverhindernd

hinstellt. Das sind Fragen, von denen die Arbeitgeber behaupten, daß von ihnen nicht gesprochen werden kann. Referent ist der Ansicht, daß man aber gerade über diese Frage sehr ausführlich sprechen müsse, damit sich die Oeffentlichkeit mit ihnen beschäftige und auch die Behörden zu ihnen Stellung nehmen. Es gehe nicht an, daß

einige hundert Angestellte nur deshalb abgebaut werden müssen, um einigen Direktoren das Dasein zu erleichtern.

Redner führt dann, an Hand von unwidersprochenen Zahlen, auf, daß einige 7 Direktoren auf einem bekannten Industriewerk derartige Gehälter beziehen, die wohl dazu ausreichen würden

um nötigenfalls 1800 Arbeiter oder 900 Angestellte zu beschäftigen.

Aber gegen diese Argumente ist man taub. Unverständlich ist es, wenn auf der einen Seite etwa 200 Angestellte abgebaut werden, aber bald darauf 100 andere wieder eingestellt werden, ohne daß man auf die Entlassenen aus Oberschlesien zurückgreift, sondern sich so „väterliche“ Kräfte besorgt. **Hier versagen die Behörden einfach** und wenn schon die Angestellten und Arbeiter bei dieser Krise Opfer bringen müssen, so darf man auch von der Regierung fordern, daß sie dieses Gebahren der Arbeitgeber einer dringenden Kontrolle unterzieht. Die Gehaltsgebahrung in der Industrie müsse als

Unverschämtheit

betrachtet werden, und es sei höchst unanständig, wenn man alles auf die Schultern der Arbeitnehmer abwälzen will, um der Allgemeinheit die Lasten zu überweisen. Redner bespricht dann im Einzelnen die Forderungen, die die Angestellten zur Verminderung der Not stellen und die des näheren in der nachfolgenden Resolution niedergelegt sind. Tosender Beifall belohnte die Ausführungen des Kollegen Peschka.

Der Vorsitzende, Kollege Maciejewski, brachte noch eine Reihe von Erläuterungen über den Gang der Verhandlungen, worauf in der Diskussion eine Reihe von Angestelltenräten Ausdehnung der Resolution forderten, die auch angenommen wurde. Schließlich wurde einstimmig nachstehende Entschließung angenommen:

Resolution.

Nach Anhören der Referate über die Entwicklung der Industrie im Ausland und Inland, sowie nach Feststellung der inzwischen eingetretenen Verteuerung der Lebensmittel ersten Bedarfs, wie sie die Inderkommission der Wojewodschaft Schlesien für April mit 2.87 Prozent errechnet hat, wobei noch in Verbindung damit infolge des Steuerzuschlages eine weitere Belastung des Arbeitnehmer-Haushaltes festgestellt werden kann, erhebt der Kongreß energischen Protest gegen den beabsichtigten Abbau der Gehälter ab 1. Mai d. J. um 15 Prozent.

Der Kongreß muß diese Absicht als eine Provokation seitens der Arbeitgeber ansehen. Gerade in einer Zeit, in der die Arbeitslosenzahl die Ziffer von 72 000 erreicht hat, so wie einer Zeit, in welcher die ganze Nation sich bemüht die Rettung der genannten Unglücklichen vor dem Hungertode durchzuführen, beabsichtigen die Arbeitgeber die Gehälter herabzusetzen und weitere Hunderte von Angestellten zu entlassen. Der Kongreß fordert angesichts der erschreckend zunehmenden Arbeitslosigkeit und der Absicht weiterer Angestelltenentlassungen die Einführung der 40stündigen Arbeitswoche, den Verbot von Ueberstunden auch an Sonn- und Feiertagen.

Der Kongreß fordert die Bestrafung der Arbeitgeber, die ihre Arbeiter und Angestellten in Ueberstunden und an Sonn- und Feiertagen beschäftigen.

Um die Selbstherrlichkeit der Arbeitgeber bei Entlassungen zu beseitigen fordert der Kongreß, daß die maßgebenden Instanzen keine Genehmigungen zu Entlassungen erteilen, wenn die Arbeitgeber die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes und der Demobilmachungsverordnungen mißachten.

Der Kongreß erachtet es für notwendig, daß die Regierung sich für die hohen Gehälter der Direktoren und Generaldirektoren interessiert, zum Zwecke der Herabsetzung derselben, sowie daß sie der oberschlesischen Industrie durch Erteilung von Aufträgen zu Hilfe kommt. Außerdem muß seitens der Regierung eine strenge Kontrolle der Produktionskosten in der Politik der Truste erfolgen.

Der Kongreß fordert Verlängerung der Unterstützungsdauer für Arbeitslose und Erhöhung der Unterstützungssätze aus der Krisenfürsorge (Staatshilfe) nach Aussteuerung der gesetzlichen Unterstützung.

Der Kongreß fordert Ausdehnung des Urlaubsgesetzes auf Oberschlesien.

Der Kongreß fordert Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente aus der Angestelltenversicherung für Arbeitslose von 65 auf 55 Jahre.

Der Kongreß fordert Regelung der Angelegenheit der Militärpflichtigen dergestalt, daß die aktive Dienstzeit nicht als Unterbrechung des Dienstvertrages gilt und das der Arbeitgeber verpflichtet ist, den vom aktiven Militärdienst zurückgekehrten Angestellten wieder einzustellen.

Der Kongreß protestiert gegen die Forderungen der Arbeitgeber auf Abschaffung des Demobilmachungsamtes.

Weiter protestiert der Kongreß gegen die Forderungen der Arbeitgeber, wonach die Demobilmachungsvorschriften abgeschafft werden sollen.

Der Kongreß fordert von den Organisationsvertretern, daß sie nach Abbruch der Verhandlungen seitens der Arbeitgeber mit aller Energie auftreten und es nicht zulassen, daß eine Reduzierung der Gehälter eintritt und weitere Entlassungen von Angestellten vorgenommen werden.

Der Kongreß schenkt den Organisationsvertretern sein unbedingtes Vertrauen und ist bereit, die von ihnen zu treffenden Maßnahmen mit allen gesetzlichen Mitteln zu unterstützen.

Im Verlauf der Diskussion erhob einer der Redner **bittere Klagen über die Behandlung der Oberschlesier** und warnte davor, sich ins Schlepptau gewisser Politiker bringen zu lassen, die den Gegensatz zwischen deutsch- und polnischsprechenden Angestellten hineintragen wollen. Beide haben ihre Existenzberechtigung und man solle nur mit denen Schluß machen, die erst Oberschlesien als eine Domäne ihrer Erhaltung ansehen. Im ähnlichen Sinne wurden die Ausführungen der Referenten ergänzt.

Der Vorsitzende bemerkte, daß das Material, welches hier vorgetragen wurde, den Gewerkschaften als Verhandlungsunterlage dienen werde, die man verwerten wird. Nachdem der Kongreß der Angestelltenführung das Vertrauen ausgesprochen hat, wurde die Tagung gegen 10 Uhr geschlossen, die einen durchaus ruhigen und würdigen Verlauf nahm.

Achtung, Minderheitsschulen!

In der Zeit vom 4. bis 17. Mai können die Erziehungsberechtigten in den Gemeindeämtern ihres Wohnortes die Amtsformulare für die Anmeldung von Kindern zu den öffentlichen und privaten Minderheits-Volksschulen unentgeltlich in Empfang nehmen.

Wann die Anträge abzusenden sind und was bei der Anmeldung zu beachten ist, wird noch genau bekannt gegeben werden.

3prozentiger Lohnabbau in der Bauindustrie

Am Montag tagte unter Vorsitz Kosuth der Schlichtungsausschuß, um die Lohnstreitfrage im Baugewerbe zu regeln. Die Verhandlungen zogen sich bis spät in die Nacht hinein. Zuletzt hat der Schlichtungsausschuß folgenden Spruch gefällt: Die Löhne der ersten Kategorie der Bauarbeiter werden um **3 Prozent** abgebaut. Alle übrigen Löhne bleiben unberührt, und der veränderte Lohntarif verpflichtet beide Parteien bis zum Jahresschlusse für das ganze Baugewerbe. Weiter hat der Schlichtungsausschuß das Arbeitsminimum für Maler und Zimmerer geregelt.

Keine Lohnreduktion in den Eisenhütten

Gestern tagte in Kattowitz der Schlichtungsausschuß, um in der Lohnstreitfrage in den Eisenhütten zu entscheiden. Die Arbeitgeber forderten eine 7prozentige Reduzierung des Grundlohnes und einen 50prozentigen Abbau der Akkordsätze. Man braucht nicht besonders hervorzuheben, daß die Arbeitervertreter den Anschlag auf die Arbeiterlöhne ganz entschieden abgelehnt haben. Sie haben triftige Gründe gegen den geplanten Lohnraub vor dem Schlichtungsausschuß vorgeführt, die überzeugend gewirkt haben. Der Schlichtungsausschuß hat nach Anhören beider Parteien, folgenden Spruch gefällt. Der Antrag auf die 7prozentige Kürzung des Grundlohnes in den Eisenhütten wird abgelehnt. Die gegenwärtigen Grundlöhne bleiben weiterhin bis zum 31. Juli in Kraft. Was den Abbau der Akkordsätze anbetrifft, die laut Antrag des Arbeitgeberverbandes um 50 Prozent heruntergesetzt werden sollen, erklärte sich der Schlichtungsausschuß für nicht kompetent, denn diese Angelegenheit gehört vor den Fachausschuß. Dorthin muß die Sache geleitet werden.

Arbeiterreduzierungen vor dem Demobilmachungskommissar

Gestern tagte beim Demobilmachungskommissar eine Konferenz, bezüglich Arbeiterreduzierungen auf den Gruben der Spolka „Godula“. Die Verwaltung will auf der Gothardgrube 300, der Litandragrube 175 und der Paulgrube 75 Arbeiter reduzieren. Die Arbeitervertreter bekämpften entschieden die Reduktionspläne der Kapitalisten. Der Demobilmachungskommissar vertagte die Entscheidung, um die Sache zuerst an Ort und Stelle zu überprüfen.

Vorsicht beim Aufenthalt im Walde!

Mit dem Eintritt in die wärmere Jahreszeit rückt auch die Gefahr der Waldbrände wieder näher. Welche Riesenwerte alljährlich durch Waldbrände vernichtet werden, davon kann sich der Laie kaum eine Vorstellung machen. Die Vernichtung dieser Werte, welche einen Teil des gesamten Volksvermögens darstellen, ist in der gegenwärtigen Zeit des wirtschaftlichen Tiefstandes doppelt fühlbar.

Es müßte daher für jeden Waldbesucher eine Selbstverständlichkeit sein, die Waldbrandsgefahr energisch zu bekämpfen. Leider aber wird sie durch das Publikum, das sich vom Frühjahr bis Herbst im Walde aufhält, noch vergrößert. Der größte Teil der Waldbrände ist auf Fahrlässigkeit zurückzuführen. Da werden Feuer zum Abkochen usw. angezündet, brennende Zigarettenstummeln und Streichhölzer achtlos weggeworfen und allerlei anderer Unfug mit Feuer getrieben, deren kleinste Funken auf dem trockenen Waldboden reichlich Nahrung finden. Scheinbar verlöschte Funken glimmen unter der obersten Schicht weiter, um dann mit elementarer Gewalt hervorzubrechen und oft große Bestände zu vernichten. Leider sind sich die meisten Besucher des Waldes der Tragweite ihrer Fahrlässigkeit beim Umfang mit Feuer nicht bewußt. Es muß daher im allgemeinen Interesse die Unsitte, im Walde mit Feuer irgendwelcher Art umzugehen, von Jedem mit aller Schärfe bekämpft werden.

Gleichzeitig wird jeder Besucher des Waldes ausdrücklich darauf hingewiesen, daß er sich, sobald er im Walde mit Feuer umgeht, mit den polizeilichen Vorschriften in Widerspruch setzt und außerdem für den verursachten Schaden vom Waldbesitzer haftbar gemacht wird.

2. Deutscher Jugendtag in Anhalt

Die für die Wettkämpfe angemeldeten Teilnehmer zum 2. Deutschen Jugendtag reisen Sonnabend, den 9. Mai nachmittags, mit den Zügen um 13.01, 14.15, 15.28 von Kattowitz ab. Sie melden sich nach ihrer Ankunft in Anhalt im Jugendheim bei Herrn Turnlehrer Dulawski, der die Wettkämpfe leitet. Die Sonntag abfahrenden Teilnehmer können in Kattowitz um 7.22, 9.07, oder 10.23 abfahren. Für den Zug 7.22 morgens und für den Rückfahrtzug aus Anhalt 22.26 wurden bei der Eisenbahndirektion Sonderwagen beantragt.

1 355 223 Einwohner in der Wojewodschaft Schlesien

Die statistische Abteilung beim schlesischen Wojewodschaftsamt teilt mit, daß im Berichtsmonat März, innerhalb der Wojewodschaft Schlesien, insgesamt 1 355 223 Einwohner und zwar: 670 436 männliche und 648 787 weibliche Personen, geführt wurden. Es entfielen: Auf den Landkreis Kattowitz 244 790 Personen, Lublinitz 41 862, Pleß 166 999, Rybnik 222 509, Schwientochlowitz 218 348, Tarnowitz 65 285, Teschen 84 629 und Landkreis Bielitz 66 142, sowie auf den Stadtkreis Kattowitz 131 589 Königshütte 90 331 und Bielitz 22 739 Personen. Im gleichen Monat betrug der Zugang 10 423 und der Abgang 7 993 Personen. Demnach war ein eigentlicher Zugang von 2 430 Einwohnern zu verzeichnen. y.

Die rechtliche Grundlage des Abbaues der Beamtengehälter

Abbau der Gehälter der Kommunalbeamten — Der 15prozentige Gehälterabbau und die Bautätigkeit — Beschlüsse des Sanacja-Sejmklubs — Was wird der Schlesische Sejm zu dieser Frage sagen? — Eine Prinzipienfrage

Der 15prozentige Abbau der Beamtengehälter dürfte bei uns in der Wojewodschaft noch viel Staub aufwirbeln. Es handelt sich nicht nur um die Staatsbeamten, die ab 1. Mai von ihren Bezügen 15 Prozent abgeben müssen, sondern auch um die Kommunalbeamten, ferner alle Beamten der Staatsbanken, die Beamten der Kommunalkassen und aller Angestellten der Krankenkassen, die Spolka Bracka nicht ausgenommen. Der Innenminister Slawoj-Skladkowski hat ein Rundschreiben an alle Wojewodschaften, mit Ausnahme der schlesischen Wojewodschaft, versendet, in welchem darauf hingewiesen wurde, daß die Kommunalbeamten durch den 15prozentigen Gehaltsabbau ebenfalls betroffen sind.

Die schlesische Wojewodschaft wurde nicht genannt, und zwar aus dem Grunde, weil wir hier eine Autonomie haben.

Das, was der Innenminister in bezug auf die Kommunalbeamten in der schlesischen Wojewodschaft versäumt hat, hat der schlesische Wojewode nachgeholt und den Gehälterabbau bei den schlesischen Kommunalbeamten angeordnet.

Die Anmeldungen zu den

privaten Minderheits-Volksschulen

finden in der Zeit vom 18.—23. Mai statt.

Auskünfte erteilen von heute ab täglich die Leiter der deutschen privaten Volksschulen in ihren Amtsstunden.

Der Gehälterabbau wird mithin in der ganzen polnischen Republik ab 1. Mai erfolgen.

Das ist bereits eine feststehende Tatsache, mit der wir rechnen müssen.

Man braucht nicht besonders hervorzuheben, daß der Abbau der Gehälter unter den Staats- und Kommunalbeamten nicht nur eine Verstimmung, sondern eine große Aufregung hervorgerufen hat. In allen größeren Städten haben die Staats- und Kommunalbeamten Protestversammlungen abgehalten und in einigen Städten wurde der

Proteststreik

beschlossen. Die Warschauer Kommunalbeamten faßten einen Beschluß, daß sie in den Streik treten, wenn ihre Bezüge am 1. Mai um 15 Prozent gekürzt werden.

In der schlesischen Wojewodschaft wurde kein Streik der Beamten angekündigt, aber hier liegen die Dinge etwas anders als in dem übrigen Polen. Wir haben das

Organische Statut,

was auch vom Innenministerium insofern berücksichtigt wurde, als der Minister die schlesischen Kommunalbeamten in seinem Zirkular nicht anführte. Das hat aber der Herr Wojewode besorgt, was auf eins herauskommt. Die Autonomie ist jedoch anders auszulegen, wie dies im vorliegenden Falle geschehen ist.

In der schlesischen Wojewodschaft, wenn es sich um Gehälterabbau der Wojewodschafts- und Kommunalbeamten handelt, ist

lediglich der Schlesische Sejm

zuständig. Der Schlesische Sejm und nicht die Zentralregierung und auch nicht der schlesische Wojewode kann den Wojewodschafts- und den Kommunalbeamten die Gehälter auf- und abbauen. Bis jetzt kam der Schlesische Sejm in dieser so außerordentlich wichtigen Frage noch nicht zum Wort, aber wir zweifeln nicht daran, daß er dazu Stellung nehmen wird. Damit rechnen alle politischen Faktoren in der Wojewodschaft, die Sanacja nicht ausgenommen.

Der Sejmklub der Sanacja hat sich mit dieser Angelegenheit bereits befaßt und einen

Verlegenheitsbeschluß

gefaßt.

Er wird in einer Sejminterpellation den Wojewodschaftsrat auffordern, den 15prozentigen Gehaltsabbau der Staats- und Kommunalbeamten für Bauzwecke zu verwenden, um den Arbeitslosen Arbeitsgelegenheit zu bieten.

Von dem Wojewoden wird der Sanacjaklub verlangen, daß er den Gemeinden dasselbe empfiehlt. Aus diesem Beschluß geht hervor, daß die Sanacja die Anordnung der Zentralregierung über den

Abbau der Gehälter als bindend

bei uns in der Wojewodschaft betrachtet. Sie verlangt nur, daß diese Gelder in der Wojewodschaft verbleiben und Investitionszwecken zugeführt werden. Der Sanacjaklub dürfte darüber nicht im Unklaren sein, aus welchen Gründen der 15prozentige Gehälterabbau erfolgen soll. Man wird damit die Kassen nicht füllen können, denn die Staatseinnahmen sind derart zusammengeschrumpft, daß die

Regierung ihren Verpflichtungen

nicht nachkommen kann. Wenn kein Geld da ist, so kann es logischerweise auch nicht Investitionszwecken zugeführt werden. Schon daraus ersieht man, daß der Beschluß des Sanacjaklubs völlig vorbeigelungen ist und mit Recht als „Verlegenheitsbeschluß“ aufzufassen sei. Sollte aber durch den Abbau der Gehälter etwas erspart werden, so wird danach die Zentralregierung die Hand ausstrecken. Wird doch bereits von der polnischen Presse berichtet, daß der 15prozentige Abbau der Beamtengehälter nicht genügt und daß der Sejm sich in einer zweiten außerordentlichen Sejmsession mit einem

weiteren Gehälterabbau

beschäftigen muß. Wir wollen das zwar nicht annehmen, schließen aber daraus, daß die finanzielle Lage äußerst drückend geworden ist.

Der Schlesische Sejm setzt sich aus mehreren Parteiklubs zusammen und es ist kaum anzunehmen, daß die anderen Sejmklubs die Anordnung der Zentralregierung über die Beamtengehälter stillschweigend zur Kenntnis nehmen werden. Selbst wenn wir zugeben, daß der Gehälterabbau eine unvermeidliche Notwendigkeit sei, so kommen noch andere Dinge von

grundsätzlicher Bedeutung

in Frage. Die Staats- und Kommunalbeamten werden die Anordnungen der Regierung gerichtlich anfechten, das steht heute bereits fest. Hier wird der Schlesische Sejm noch zu prüfen haben, ob die Anordnungen der Zentralregierung und des schlesischen Wojewoden

rechtlich begründet

sind, insbesondere, wenn es sich um die Wojewodschaftsbeamten handelt, desgleichen auch um die schlesischen Kommunalbeamten. Jedenfalls wird der Schlesische Sejm noch Gelegenheit haben, zu dieser heiklen Frage Stellung zu nehmen. Das eine steht aber fest, daß der Sejm sich den Beschluß des Sanacjaklubs nicht zu eigen machen wird. Dessen sind wir sicher.

Kattowitz und Umgebung

Freispruch für Assessor Libera und Direktor Ronge.

Ausklang des Volksbundprozesses.

Die Konfrontation der Zeugen führte im kleinen Volksbundprozeß zu keinem Resultat, da jeder der Befragten auf seinen Aussagen beharrte. Wilczek, der Vater des Kindes, das für die Minderheitsschule angemeldet wurde, berichtigte seine Aussagen insofern, als er nicht mehr behauptete, Assessor Libera gesprochen, sondern vielmehr von diesem eine Aufforderung zugestellt erhalten zu haben, sich im Büro in der fraglichen Sache einzufinden. Dagegen gab Wilczek an, daß Büroinspektor Szidlo, als Mitglied der Einschreibungskommission, an ihn die Frage gerichtet habe, weshalb er das Kind in die deutsche Schule schicken und nicht der polnischen Schule zuführen wolle, ferner, daß er in dem, von dem Registrator Zwak verfaßten Protokoll, verschiedenes beanstandet habe und ihm dieses ferner nicht zur Kenntnis gegeben worden sei. Die Zeugen Szydlo und Zwak machten gegenteilige Aussagen. Wilczek erklärte, daß er gleichfalls die volle Wahrheit sage. Der Staatsanwalt beantragte strenge Bestrafung der beiden Angeklagten, wegen falscher Anschuldigung und Beleidigung des Schulleiters Gornikiewicz. Advokat Dr. Bay wies darauf hin, daß eine Bestrafung allenfalls nur dann erfolgen könne, wenn eine bewußt böswillige Tat vorliegen würde. Dies sei hier jedoch nicht der Fall, da man sich in der Eingabe an die Wojewodschaft lediglich auf die Angaben des Wilczek berufen habe und dieser als eigentlicher Schuldiger in Frage komme.

Das Gericht sprach Assessor Libera und Direktor Ronge mit der Maßgabe frei, daß sie nicht aus eigener Initiative und böswilliger Absicht handelten, sondern vielmehr im Auftrage derjenigen Person, welche die Ermächtigung zur Einreichung der Beschwerde erteilte. Eine Verleumdung habe jedenfalls nicht vorgelegen. Es ist zu erwähnen, daß der Anklagevertreter gegen den Freispruch Berufung einlegte. y.

Anträge zwecks Ausstellung von Staatszugehörigkeitsbescheinigungen.

Das Büro für Staatszugehörigkeitsfragen beim Magistrat Kattowitz, gibt öffentlich bekannt, daß alle Personen, die sich um eine Bescheinigung über die polnische Staatszugehörigkeit bemühen, verpflichtet sind, die erforderlichen Dokumente beizubringen. Es handelt sich um alle diejenigen Unterlagen, aus denen die Staatszugehörigkeit des Antragstellers ersichtlich ist, so u. a. die Wohnbescheinigung, Geburtsurkunde, Heiratsbescheinigung, Auszug aus dem Familienregister, Bescheinigung über die Zugehörigkeit zur Wohngemeinde.

Die Bescheinigung, bezw. Bestätigung der polnischen Staatszugehörigkeit, unterliegt der Stempelsteuer. Es sind zu entrichten: Für das Gesuch 3 Zloty, für die Bescheinigung 3 Zloty, sowie ferner für jedes, dem Gesuch beiliegendes Dokument, welches als Anlage zu dem Schriftstück angesehen wird, je 50 Groschen.

Ohne Beibringung der erforderlichen Dokumente kann der Magistrat die geforderte Bescheinigung über die polnische Staatszugehörigkeit nicht ausstellen. Personen, welche eine derartige Bescheinigung benötigen, müssen sich daher rechtzeitig bemühen, alle diese Unterlagen zu beschaffen. y.

Steuerzahlern zur Beachtung! Der Kattowitzer Magistrat weist nochmals darauf hin, daß die Veranlagungslisten zur Gewerbesteuer für das Jahr 1930 für die Steuerzahler aus Groß-Kattowitz bis einschließlich zum 19. Mai bei der städtischen Steuerabteilung zur öffentlichen Einsichtnahme ausliegen. y.

Alkoholverbot an den diesjährigen Mustertagen. Nach einer Mitteilung der Polizeidirektion ist der Ausschank bezw. Verkauf von alkoholischen Getränken bei mehr als 2,5 Prozent Alkoholinhalt an den diesjährigen Musterungstagen (4. Mai bis 6. Juni 1931) einschließlich der dazwischen liegenden Sonn- und Feiertage streng untersagt. Das Verbot erstreckt sich auf die Altstadt Kattowitz, sowie die Ortsteile Bogutschütz-Zawodzie, Zalenze-Domb und Brynow-Ligota. y.

Tödlicher Unglücksfall bei der Kattowitzer Güterabfertigung. In der Sonntag-Nacht wurde auf dem Güterbahnhof in Kattowitz, in der Nähe des städtischen Spitals, eine Mannesleiche aufgefunden. Der Tote trug eine Eisenbahnuniform. Der Verunglückte wurde in die Leichenhalle des Spitals überführt. Bei dem Toten wurden keine Legitimationspapiere vorgefunden, welche auf die Identität schließen lassen würden. Es wird angenommen, daß der Eisenbahner von einem heranfahrenden Zug heruntergefallen und getötet worden ist. y.

Zusammenprall zweier Personenautos. Am gestrigen Dienstag, in den Vormittagsstunden, kam es auf der ulica Powstancow in Kattowitz zwischen zwei Personenautos zu einem Zusammenprall. Einer der Kraftwagen wurde am Kotflügel beschädigt. Nach einer kleinen Reparatur konnten beide Autos den Weg fortsetzen. y.

Der bestohlene Restaurateur. In das Lokal des Inhabers Leopold Groß auf der ulica Mlynska 39 wurde ein Einbruch verübt. Die Täter drangen durch die Abortanlage in das Restaurant ein und stahlen dort u. a. Branntwein, Wurstwaren, Rauchwaren und 5 Dosen mit Sardinen. Der Schaden wird auf 700 Zloty geschätzt. g.

Wegen Meineidverdachts sofort arretiert. Gestern, Dienstag, war vor dem Landgericht Kattowitz eine Beleidigungsklage angesetzt, in welcher der Jakob Gesundheit aus Kattowitz gegen den Anton Kirstein klagbar vorging. Die Ehefrau des letzteren wurde als Zeugin unter Eid vernommen. Das Gericht fand, daß diese Zeugin widersprechende Aussagen machte. Es lag starker Meineidsverdacht vor. Die Frau beteuerte zwar, daß ihre Aussagen ganz der Wahrheit entsprechen. Das Gericht faßte jedoch den Beschluß, die Arretierung der Zeugin vorzunehmen. Frau Kirstein wurde im Saale arretiert und nach der Zelle abgeführt. y.

Bogutschütz. (Feuer in einer Fleischerei.) Die städtische Berufsfeuerwehr wurde nach der ulica Markiefki 33 im Ortsteil Bogutschütz alarmiert, wo in der Werkstatt des Fleischermeisters Troncek Feuer entstand. Vernichtet wurden Fleisch- und Wurstwaren. Es wird angenommen, daß beim Entfachen der Flamme in der Räucherkammer das Feuer verursacht wurde. Der Sachschaden wird auf 200 Zloty beziffert. y.

Eichenau. (Die Georggrube wird teilweise verkauft.) Allem Anschein nach findet sich kein Käufer, der die Georggrube im ganzen abkauft, denn die Hohenlohewerke verkaufen alles stückweise. Die Kopalnia Polska hat einen Teil der Separation abgekauft. Ferner wurde ebenfalls von der Kopalnia Polska eine Rampe abgekauft, die bereits abmontiert wird. —a.

Eichenau. (Bau einer neuen Grube.) Wie wir erfahren, beabsichtigen zwei kapitalkräftige Leute, auf dem Terrain von Eichenau eine neue Grube zu bauen. Die Grube soll nach dem Muster der Kopalnia Polska gebaut werden. Die technische Leitung wird, wie auf Kopalnia Polska der Bergverwalter Schneider aus Kattowitz übernehmen. Diese Grube wird die Ausbeutung der oberen Kohlenflöze der früheren Abendsterngrube vornehmen. Zum Abtransport der Kohle ist eine Schwebebahn projektiert, die von der Grube bis zum Bahnanschluß nach Burowitz führen soll. Mit Rücksicht auf die schlechte Wirtschaftslage der Gemeinde Eichenau ist dieser Schritt nur zu begrüßen. Erstens hätte die Gemeinde eine neue Steuerquelle und zweitens könnten eine Anzahl von Arbeitslosen wiederum Beschäftigung erhalten. —a.

Königshütte und Umgebung

Wie ist das möglich?

Die in der Stadt vorgenommene Volkszählung hat ein sonderbares Ergebnis gebracht und Verwunderung ausgelöst. Nach der Veröffentlichung der bisherigen Statistiken, wurde die Stadt Königshütte mit über 90 000 Einwohner geführt. Nach der bisherigen Volkszählung wurden durch die Beamten etwa 82 000 Einwohner festgestellt, bezw. aufgenommen. Wenn auch noch ein kleiner Bruchteil von 1000 Personen zukommen sollte, so muß man sich fragen, wie 7000 Personen mehr angegeben, bezw. geführt werden konnten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß, wo früher die Haushaltungslisten von Einwohnern des Hauses selbst ausgefüllt wurden, es nicht seitens der Haushaltungsvorstände so genau genommen wurde und manche Person als anwesend angeführt wurde, wenn sie auch nicht daheim war. Jedenfalls würde es für die Stadt in der Einwohnerstatistik einen starken Rückschlag bedeuten und der Weg zur Großstadt noch sehr weit sein. m.

Auf der Straße zusammengebrochen. Der 70jährige Invalide Johann Wojt aus Hohenlinde brach gestern vormittags auf der ulica Wolnosci in Königshütte zusammen und mußte, mittels Sanitätswagen, in das städtische Krankenhaus eingeliefert werden. m.

Freitod. Der 54 Jahre alte Maschinist Franz B. von der ulica Szpitalna, machte seinem Leben durch Erhängen in seiner Wohnung ein Ende. Der Grund zur Tat ist unbekannt. m.

Die täglichen Verkehrsunfälle. Infolge eines Radverlustes, stieß gestern vormittags an der ulica Wolnosci ein Autobus mit einer Straßenbahn zusammen. Beide Fahrzeuge wurden erheblich beschädigt. Wie immer, lockte dieser Vorfall eine große Menschenmenge an. Hierbei wurde von einem vorbeifahrenden Fuhrwerk der 6jährige Heinrich Strauch von der ulica 3-go Maja 54 überfahren. Der Knabe erlitt einen Bruch des linken Beines und mußte in das Krankenhaus eingeliefert werden. — In einem anderen Fall egeriet der Radfahrer Heinrich Switalla aus Neuheiduk, an der ulica Damrotha, unter das Fuhrwerk des Franz Scholtyssek. Zum Glück kam S. mit leichteren Verletzungen davon. Das Fahrrad jedoch wurde vollständig zertrümmert. Die Schuld soll den Fuhrmann treffen, weil er die Fahrtvorschriften nicht eingehalten hat. m.

Feuerausbruch. Durch unvorsichtiges Wegwerfen eines noch glimmenden Zigarettenstummels in ein Kellerloch, entstand im Hause Wolnosci 1 ein Feuer. Da nur ein Strohlager verbrannte, ist der Schaden nicht groß. Die schnell erschienene Feuerwehr löschte den Brand in kurzer Zeit. m.

Ein frecher Betrüger. Im Geschäft des A. E. an der ulica Wolnosci erschien ein 24 Jahre alter Mann in eleganter Kleidung und suchte sich zwei Sommermäntel aus. Genannte Garderobe sollte im Geschäft von Stanislaw Pribe beglichen werden. Als nun der Lehrling die beiden Mäntel im angeführten Geschäft abgeben wollte, erwartete ihn der Fremde bereits vor dem Laden und schickte ihn unter dem Vorwand, daß noch ein Sportanzug mitzugeben vergessen wurde, nochmals in den Konfektionsladen zurück. Inzwischen verschwand der Gauner mit den Sommermänteln, ohne daß diese bezahlt wurden. m.

Einbruch in eine Schmiedewerkstatt. Unbekannte drangen in der Nacht in die Schmiedewerkstatt des Franz Konsek an der ulica Bytomska ein, entwendeten verschiedenes Werkzeug und Eisenmaterial, im Werte von 110 Zloty und verschwanden unerkannt. m.

Ein Appell an die Königshütter Bürgerschaft. In der Sorge um das gesundheitliche Wohl der Bürgerschaft und in dem Bestreben, das äußere Bild der Stadt nach Möglichkeit zu verschönern, ist die Stadtverwaltung in anerkennungswerter Weise bemüht, und scheut keine Kosten, um Parkanlagen, Kinderspielplätze, Straßen usw. mit Bäumchen und Sträuchern zu bepflanzen. So wurden dank dieser Bestrebungen schon mehrere kleinere und größere Parkanlagen und Erholungsplätze geschaffen, die eine wahre Zierde für die Stadt und für die Bürgerschaft gesunde Ruheplätze sind. Leider mußte man schon des öfteren die Wahrnehmung machen, daß ein Teil der Bevölkerung den Wert dieser kulturellen Bestrebungen der Stadtverwaltung nicht hinreichend zu schätzen weiß und diese Plätze und Stellen nicht mit der gebührenden Sorgfalt umgibt. Es ist sehr oft beobachtet worden, daß z. B. Pferde von in der Nähe solcher Anlagen stehenden Fuhrwerken die Bäumchen und Sträucher befressen, ferner, wie halbwüchsige Burschen und zum Teil auch Erwachsene, die Grünanlagen und Bäumchen direkt vandalisch beschädigt und ihres Schmuckes beraubt haben, ohne daß es auch nur einem, der dieses beobachtet hat, eingefallen wäre, die Uebeltäter, bezw. Verantwortlichen zur Anzeige zu bringen. Die Bevölkerung wird darum ersucht, auf die Plätze und Anlagen mehr zu achten und brutale Zerstörer beim nächsten Polizeiposten zur Anzeige zu bringen. m.

Siemianowitz

Wird die Schellerhütte eingestellt? Von gut informierter Seite erfahren wir, daß der Neubau auf Schellerhütte eingestellt wird. Um den Demobilmachungskommissar zu umgehen, werden die zur Entlassung bestimmten 150 Arbeiter teilweise alle 14 Tage zu paar Leuten entlassen. Zwei Kammern des Neubaues stehen schon still. Auf eine schlechte Konjunktur ist dieses Vorhaben der Hohenlohewerke nicht zurückzuführen, denn sie erhalten viele Bestellungen von den Russenaufträgen. Hier liegt ein anderer Trick vor, den wir noch nicht erfahren konnten. Die Beamten werden vertröstet, daß nach der Einstellung des Neubaues die Hohenlohewerke dazu übergehen werden, aus dem Neubau eine Kunstdüngerfabrik aufzubauen. Das ist nur ein blöder Trost, wenn wir bedenken, daß die nahen Stickstoffwerke in Chorzow Feierschichten verfahren, weil sie ihre Produkte nicht absetzen können. —a.

71 Arbeitslose weniger. Die Gemeinden Siemianowitz, Bittkow, Baingow, Przelaika und Hohenlohehütte wiesen im April 2840 Arbeitslose aus, wovon auf Siemianowitz 2104 entfallen. Diese Zahl ist in der ersten Maiwoche ein wenig zurückgegangen und beträgt jetzt 2769 Arbeitslose. Der Rückgang der Arbeitslosen ist auf die angefangenen Erd- und Bauarbeiten zurückzuführen, die hie und da in Angriff genommen wurden.

Myslowitz

Schoppinitz. (Selbstmord eines Arbeitslosen.) Der Arbeitslose Josef Olszewski, von der ulica Sienkiewicza 8, in Schoppinitz, verübte Selbstmord durch Erhängen. Der Tote wurde in die Leichenhalle des dortigen Spitals überführt. Das Motiv ist z. Zt. unbekannt. X.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Eine ausbesserungsbedürftige Chaussee.

Vor Jahren, als man die Bahn von Bismarckhütte nach Kochlowitz legte, wurde zugleich auch die Chaussee nach Radoschau ausgebessert und umgelegt. Dadurch bekam sie ein neues Ansehen und man spazierte mit Freuden an schönen Sommertagen, durch diese gut ausgelegte Chaussee in den naheliegenden Wald. Ebenso hatte man zu den Feldern, die auf beiden Seiten der Chaussee liegen, eine gute Zufuhr.

Anders sieht es aber heute aus. Eine hundsmiserable, Löcher um Löcher aufweisende Chaussee findet man vor. Niemand kümmert sich um die Ausbesserung derselben. Die Feldarbeiten haben begonnen und damit auch wieder die Qual für diejenigen, die diese miserable Chaussee als Zufuhr zu den Feldern benutzen müssen. Bald erscheinen auch wieder die Tage, wo man im Kreise der Familie und Vereine die ersehnten Ausflüge in den an der Chaussee liegenden Wald unternimmt. Ein Grauen kommt einem an, wenn man diesen erbärmlichen Weg vor sich sieht, den man zum Ausflugsort benutzen muß.

Hier muß Abhilfe geschaffen werden. Im Budget der Wojewodschaft sind doch Summen für Ausbesserungen von Straßen. Chausseen usw. vorgesehen und es wäre Zeit, auch an die obengenannte Chaussee zu denken und mit den Ausbesserungsarbeiten zu beginnen. Arbeitslose sind genug vorhanden. Im Interesse der Einwohner von Bismarckhütte und der umliegenden Ortschaften müßte diesem Uebel abgeholfen werden.

Versuchter Selbstmord. In ihrer Wohnung auf der ul. Kolejowa 20 in Schwientochlowitz versuchte die Ehefrau Stanislawa T. Selbstmord zu begehen, indem sie sich anschoß. In schwerverletztem Zustand wurde die Lebensmüde nach dem Hüttenlazarett geschafft. X.

Neudorf. (Raubüberfall auf eine Vereinsbank.) Am vergangenen Montag, gegen 10 Uhr vormittags wurde auf die Vereinsbank in Nowa-Wies ein dreister Raubüberfall verübt. Die Banditen, von denen einer maskiert und bewaffnet war, fuhren im Auto bei dem Banklokal vor, drangen in den Kassenraum ein und zwangen den Kassenbeamten, unter Vorhaltung der Schußwaffe, zur Herausgabe des Geldes. Aus der Kasse wurden alsdann 3580 Zloty geraubt. Den Bankräubern gelang es, mit dem Auto unerkannt zu entkommen. Die Polizei nahm sofort die Verfolgung nach den Banditen auf, verlor aber bei Friedrichsdorf die Spur. X.

Pleß und Umgebung

Gemeindevertretersitzung in Emanuelssegen.

Am Donnerstag, den 7. Mai d. Js., nachm. 5 Uhr, findet in der neuen Schule eine Gemeindevertretersitzung statt. Die Tagesordnung umfaßt 14 Punkte. Punkt 1: Einführung des Gemeinderats Woitalewicz, an Stelle des ausgeschiedenen G. K. Grollik. Punkt 2: Bestätigung der Rechnung der Firma Rudzki u. Co. Punkt 3: Unterstützungen für die Kommunionkinder. Punkt 4: Ankauf der Maute an der Wessolastraße. Punkt 5: Subventionsantrag des Pietyra Jozef. Punkt 6: Subventionsantrag des Z. Z. P. zwecks Ankauf einer Vereinsstandarte. Punkt 7: Subventionsantrag der polnischen Pfadfinder. Punkt 8: Subventionsantrag der polnischen Hochschüler, zwecks Ankauf von Schulbüchern!! Punkt 9. Subventionsantrag des Sportvereins „Sokol". Punkt 10: Subventionsantrag des Aufständischen Verbandes Emanuelssegen!! Punkt 11: Subventionsantrag des polnischen Gesangvereins „Paderewski". Punkt 12: Deckung der entstandenen Kosten am 1. Mai. Punkt 13: Festsetzung der Dienststunden im Gemeindeamt. Punkt 14: Verschiedenes.

Rybnik und Umgebung

Zwei Brände im Kreise Rybnik. In der Scheune des Josef Wojaczki, in der Ortschaft Jajkowitz, brach Feuer aus, durch welches die Scheune mit verschiedenen Wintervorräten und landwirtschaftlichen Maschinen vernichtet wurden. Der Brandschaden wird auf 7000 Zloty beziffert. — In einem anderen Falle geriet die Scheune des August Piecowski in der gleichen Ortschaft in Brand. Vernichtet wurden ebenfalls die Scheune sowie landwirtschaftliche Geräte im Werte von 5000 Zloty. X.

Tarnowitz und Umgebung

Autobrand. Auf dem Wege zwischen Rudna-Piekar und Radzionkau geriet das Personenauto „Oppel" Nr. 7095 in Brand. Das Auto wurde vollständig verbrannt. Der Arzt, Dr. Pietrzykowski aus Radzionkau, welcher in diesem Auto fuhr, erlitt leichtere Verletzungen. Wie es heißt, soll das Auto bei einer Feuerversicherungsgesellschaft mit 16 000 Zloty versichert sein. Der Brandschaden wird auf die gleiche Summe geschätzt. X.



„Verflucht — die neue Bremse zieht nicht!"
(London Opinion.)

Der Berg des Grauens

Alpen-Roman von Friedrich Lange.

40)

Zeller beherrschte sich meisterhaft. Nun erfuhr er auch aus fremdem Munde, was er schon lange ahnte: Zwischen ihm und Liselotte stand der Schatten der Vergangenheit — Hans Neudeck! Wie tief mußte die Liebe in diesen beiden Menschen verankert sein, daß sie selbst jetzt noch mächtig war, nachdem der fingierte Tod zwischen ihnen stand!

„Wir haben keine Geheimnisse voreinander", log Zeller kaltblütig.

Der Arzt, ein älterer, gütiger Herr mit dem Aussehen eines Patriarchen, zuckte unschlüssig die Schultern.

„Dann ist der Fall verquickter, als ich bisher annahm. Nach Gehirnerschütterungen treten vielfach Bewußtseinsstörungen wie im vorliegenden Falle ein. Aber so hartnäckig wie bei Ihrer Frau Gemahlin sind derartige Defekte selten. Meist bringt irgendein äußerer Anlaß ganz plötzlich und überraschend das Erinnerungsvermögen zurück."

Um Himmelswillen, dachte Zeller erschrocken, das ist es ja gerade, was ich vermieden wissen will! Diesen Erfolg verlangte er nicht von der Kunst des Psychiaters; denn in dem Augenblick, wo Liselotte an die Vergangenheit, an Hans Neudeck und die Gamser Spitze erinnert wurde, brach das Lügengebäude Zellers haltlos wie ein Kartenhaus zusammen.

Dann aber — in dieser Hinsicht glaubte er die geliebte Frau genau zu kennen — blieb sie keine Minute länger bei ihm.

„Ich mache Ihnen einen Vorschlag, Domnule", unterbrach Doktor Maniu den Gedankengang des Münchеners, „nehmen Sie Ihre Frau getrost auf ein paar Tage mit nach Hause. Ich verspreche mir viel davon."

Damit war Zeller einverstanden.

Sie lebten den ersten Tag in der kleinen, gemieteten Villa am Cismigiu-Park. Liselotte schlich wie eine Fremde durch die luxuriösen Räume des Hauses. Dies alles war sehr schön und nett, aber eingewöhnen konnte sie sich nicht. Vom Boulevard Elisabeth und von der Strada Voda herüber drang der Lärm der Balkanresidenz, dieses laute Gebahren des lungenkräftigen Südens.

In der Küche schaltete und waltete die dicke rumänische Köchin. Der Duft von gebratenem Huhn zog durch das ganze Haus.

Liselotte schloß flüchtig die Augen.

„Herrgott, wo bin ich Georg angetraut worden? Hat er ein Recht darauf, von mir Liebe zu verlangen?"

Solche und ähnliche gefährliche Fragen legte sich Liselotte vor, als sie nun allein in dem schattigen Wintergarten saß. Zeller war auf einige Vormittagsstunden hinüber ins Büro am Boulevard Carol gegangen. Für den Nachmittag hatte man eine Autofahrt ins Gebirge geplant.

Soeben rief Georg an. Liselotte hörte die Glocke des Fernsprechers anschlagen. Das Zimmermädchen steckte den schwarzen Wuschelkopf durch einen Spalt der gläsernen Schiebetür.

„Doamna!"

Die Dame des Hauses nickte verstehend, ging hinüber ins Arbeitszimmer Georgs, nahm den Hörer ans Ohr.

„Bitte."

Georgs tiefe Stimme klang im Apparat.

„Liebling — ich muß zu einer wichtigen Besprechung ins Innenministerium; es kann eine kleine Verzögerung eintreten, bis ich zum Essen komme. Aber spätestens um drei Uhr fahren wir nach Azuga. — Wie?"

„Das Programm für den Nachmittag..."

„Bleibt natürlich bestehen!" versicherte Zeller.

„Wie fühlst du dich?" fragte er noch vor Schluß des Gesprächs.

Liselotte zwang ein Lachen ins Mikrophon.

„Danke — sehr unternehmungslustig!"

„Spare deine Sehnsucht nach neuen Eindrücken für den Nachmittag auf, Lieb. Im Prahovatal ist es kühl — dort schmeckt der herrliche Dragoschaner Wein noch einmal so gut", antwortete der Ingenieur, diese Vorfreude auf die Gebirgsfahrt mit ins Innenministerium nehmend.

Liselotte stand noch eine Weile am Schreibtisch. Durch das geöffnete Fenster wehte ein kühler Lufthauch vom Cismigiuteich herein. Stimmengewirr drang herüber, Kinderjauchzen.

„Ich werde mich ein bißchen im Park umsehen", sprach sich Liselotte Mut zu. Wirklich bedurfte es einer gehörigen Portion Unternehmungslust; denn die apathische Frau stand dem Leben und Treiben der Großstadt hilflos wie ein Kind gegenüber. Was sie früher ersehnt hatte, Betrieb und Geselligkeit nach städtischem Muster, das flößte ihr jetzt Furcht ein.

„Florica, ein weißes Kleid. Ich will im Park promenieren."

Das Mädchen, ein junges, gelbhäutiges Ding mit wissenden Augen, schüttelte verlegen lächelnd den Kopf.

„Nu e chip..." Und sich rasch auf die deutsche Uebersetzung besinnend: „Es ist nicht möglich, Madame."

Liselotte hob den Kopf, ging mit kleinen Schritten auf das Mädchen zu.

„Was ist nicht möglich?"

Die Rumänin bekannte freimütig: „Der Herr hat es verboten, daß die gnädige Frau ausgeht. Nur in seiner Begleitung ist es erlaubt..." Und dabei spielte immer noch dieses unverschämte Lächeln um ihren sinnlichen Mund.

Der Herr hat es verboten! Liselotte hörte nur diesen kategorischen Befehl: Der Herr hat es verboten!

Sie nickte scheinbar gleichmütig. Die Zofe verließ das Zimmer.

Nun erst fühlte Liselotte ihr Schicksal als Last: Georg hatte verboten, daß sie allein ausging. Er setzte das Dienstpersonal als Kontrolle über sie!

„Dann bin ich seine Gefangene!" Liselotte lachte gellend auf. Verrückte Sache! In welche Verhältnisse war sie da geraten? Er gab vor, sie zu lieben, und behandelte sie wie ein kostbares Tier, das den goldenen Käfig nicht verlassen darf.

Das Weitere entwickelte sich logisch nach Frauenart: „Nun gehe ich erst recht!" trumpfte Liselotte auf. Im Trotz erwachte ihre Stärke.

Sie fühlte die lauernden Blicke des Dienstpersonals auf sich, als sie das Haus verließ. Jetzt stürzte Florica ans Telephon, dachte sie und sah die Szene plastisch vor Augen.

Tatsächlich rief die Rumänin im Büro ihres Herrn an. Er hatte für strengste Wachsamkeit Sonderprämien ausgesetzt. Nun gab es etwas zu verdienen.

Eine Stenotypistin meldete sich.

(Fortsetzung folgt.)

Das Uebereinkommen mit der Elektrizitäts-Gesellschaft endlich abgeschlossen

Herabsetzung des Investitionskapitals — Um 10 Prozent ermäßigter Strompreis
Ein Erfolg des unter sozial. Leitung stehenden Elektrizitätsausschusses

Durch volle 7 Jahre bemühte sich die Stadtgemeinde ein neues Vertragsverhältnis mit der Eletrizitätsgesellschaft abzuschließen. Ohne Erfolg. Die BEG. erwies sich als ein harter, unnachgiebiger Vertragspartner. Jahrelang wogte der Streit auf beiden Seiten und hat viel zu Beunruhigung der Bevölkerung beigetragen. Erst dem in der gegenwärtigen Kadenz gewählten Elektrizitätsausschuß, unter seinem zielbewußten Obmanne, Vizebürgermeister **Follmer**, blieb es vorbehalten, zu einem annehmbaren Vertragsabschluß zu gelangen. Seitens des Rechtsbeistandes der Gemeinde, Dr. **Robinsohn** und des Sachverständigen Ing. **Walter**, wurde in langwierigen, mühevollen Vorarbeiten und unzähligen Verhandlungen harte Arbeit geleistet. Diesen Faktoren ist es zu danken, daß das Investitionskapital herabgesetzt und die Strompreise für den allgemeinen Konsum und die Betriebe ermäßigt und auch Vorteile betreffend die Uebernahme des Elektrizitätswerkes durch die Stadtgemeinde erzielt wurden. Im nachstehenden geben wir einen Bericht über den Verlauf der denkwürdigen Gemeinderatssitzung.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Bürgermeister Dr. **Kobiela**, ergreift als Referent des Elektrizitätsausschusses G. R. Dr. **Robinshon** das Wort und führt in sachkundiger, längerer Rede aus: Ein 7jähriges Streitobjekt zwischen der Gemeinde und der Elektrizitätsgesellschaft wird mit dem neuen Vertragsentwurf, der dem Plenum vorliegt, aus der Welt geschafft. Der gegenwärtige Elektrizitätsausschuß hat in intensiver, 6 Monate langer Arbeit, in der letzten Zeit sogar in Permanentsitzungen konsequent das Ziel verfolgt, mit dem Elektrizitätswerke zu einem Abschluß zu gelangen. Wenn wir heute soweit sind, dann ist dies dem zielbewußten Eingreifen seines Obmannes Vizebürgermeister Follmer zu danken. Es ist nicht notwendig, den umfangreichen Vortrag Punkt für Punkt durchzuberaten, nachdem an den Verhandlungen sämtliche Parteien durch ihre Vertreter teilgenommen haben. Redner greift aus dem Fragenkomplex 3 Punkte heraus und zwar die Frage der Investitionen, der Strompreise und der Abgaben.

Was die **Investitionen** anbelangt, so hatte nach den vorhergehenden Verträgen die BEG. jährliche Investitionsabrechnungen vorzulegen. Die endgültige Festsetzung dieses Kapitals ist für die Gemeinde bei der Uebernahme des Werkes, die im Jahre 1938 erfolgen soll, von großer Bedeutung. Die ungeregelten Verhältnisse der Kriegs- u. Nachkriegszeit, die Inflation, haben diese Berechnungen sehr erschwert und stand den Forderungen der BEG. von ca. 6,000 000 Zl. ein Angebot der Gemeinde von 2,650 000 Zl. gegenüber. Schließlich gelang es, sich auf die Summe von 2,599 000 zu einigen, welche bis zur Uebernahme des Werkes soweit amortisiert sein werden, daß nur noch ein Restbetrag von 825 000 Zloty abzudecken sein wird. Die Investitionen für die Jahre 1927, 1928 und 1929 wurden mit einem endgültigen Betrage von 881 000 Zloty und für 1930 eine noch zu überprüfende Summe von 174 000 Zloty festgesetzt.

Ebenso schwierig war die Frage der **Strompreise**. Sie betrug bisher für Licht 88 Groschen für 1 Kilowattstunde. Auf Grund eingehendster Berechnungen wurde der Strompreis **ab 1. Mai l. J. bis zum 31. Dezember 1935 mit 78 Groschen festgesetzt**, was einer Ermäßigung um rund 10 Prozent gleichkommt. Ebenso gelang es auch, eine Verbilligung des Strompreises für die Kraft- sowie Pauschalabnehmer zu erzielen.

Ein weiterer Teil dieses Abkommens befaßt sich mit den **Abgaben**, welche für sämtliche Stromabnehmer vereinheitlicht wurden. Der letzte Teil enthält die erforderlichen Sicherungen bei der Uebernahme des Betriebes durch die Stadt.

Ein Zusatzübereinkommen regelt die Beziehungen zwischen der „Silesia", „Elektrownia" und der Stadtgemeinde und auch hier sind bedeutende Erfolge für die Stadt zu verzeichnen.

Der Referent bittet schließlich im Namen des Elektrizitätsausschusses um Annahme des vorliegenden Vertrages.

In der nun folgenden **Debatte** ergreift G. R. **Lindert** das Wort zur Frage der Personalpolitik und verlangt, daß in einem Zusatzprotokoll Garantien gegeben werden, wonach das Werk nur bodenständige Beamte und Arbeiter in den Dienst stelle. Ing. **Wiesner** bemängelt in ganz allgemeiner Form einzelne Punkte des Abkommens und verlangt eine nochmalige gründliche Ueberprüfung desselben.

G. R. Gen. Dr. **Glücksmann** erwidert, daß Ing. Wiesner als Mitglied des Elektrizitätsausschusses Gelegenheit hatte, konkrete Vorschläge zu bringen. Seine heutigen Ausführungen bezwecken nur, das Abkommen auf die lange Bank hinauszuschieben. Redner stellt fest, daß der Vertrag nicht als ideal bezeichnet werden könne, er habe aber die Ueberzeugung, daß bedeutende Vorteile für die Gemeinde erzielt wurden. Die Frage der Personalpolitik lasse sich nicht durch papierene Abmachungen regeln; die Schuld liege in dem gegenwärtig herrschenden System in Polen. Im Namen des sozial. Klubs gibt der Redner schließlich folgende Erklärung ab:

Erklärung des sozialistischen Gemeinderatsklubs.

Anläßlich der zum Abschlusse gebrachten Verhandlungen zwischen der Stadtgemeinde Bielsko einerseits und der „Elektrownia" andererseits, erachtet es der soz. Gemeinderatsklub als seine Pflicht, folgende Erklärung zu erstatten:

Die Verhandlungen zwischen der Stadt und der „Elektrownia", die den Zweck hatten, das Rechtsverhältnis einer Neuregelung und die Strompreise einer Revision zu unterziehen, haben fast 7 Jahre gedauert. —

Es wäre müssig in diesem Augenblick auf alle Stadien, welche die Verhandlungen in ihrem Verlauf genommen haben, zurückzugreifen und aufzuzählen. — Erforderlich aber ist es zu unterstreichen, daß die Langwierigkeit der Vertragsverhandlungen unter anderem darauf zurückzuführen ist, daß wir eine **komplizierte, ungeordnete, inventarlose Erbschaft** übernommen haben und erst mit Hilfe mühsamer Studien, mühsamer Ueberprüfungen, wie auch auf Grund der gediegenen Sachverständigenarbeit die in den letzten Jahren geleistet wurde, erst ein klares Bild und eine lückenlose Orientierung über die Grundlagen des Verhandlungsgegenstandes erlangen konnten. —

In dieser außerordentlich schwierigen Sachlage ist es begreiflich, daß die Bemühungen des Elektrizitätsausschusses, seines Unterausschusses, seines Vorsitzenden und des Stadtpräsidiums dahin gehen mußten, eine relativ günstige Lösung zu finden. —

Die grundlegenden Vorarbeiten und die Verhandlungen sind erst in der laufenden Kadenz in scharfem Tempo geführt und abgeschlossen worden. —

In Anbetracht dieser uns überlieferten Erbschaft, die überdies durch den Zusatzvertrag vom April 1924 bedeutend belastet war, betrachtet der soz. Gemeinderatsklub das dem Gemeinderate zur Beschlußfassung unterbreitete

Zusatzübereinkommen

als relativ günstigste Lösung der gegenseitigen Rechtsbeziehungen zwischen Stadt und Stromkonsumenten einerseits und der „Elektrownia" andererseits. —

Unter diesen Voraussetzungen wird der soz. Gemeinderatsklub für das Zusatzübereinkommen stimmen. —

Im Namen des Polenklubs sprach sich Dr. **Bogaczewski** für den Antrag aus.

Für die Deutsche Wahlgemeinschaft sprach ebenfalls in zustimmendem Sinne G. R. Dr. **Förster**. Eine Regelung der Personalpolitik im Zusammenhange mit dem Vertrage lehnte er ab und forderte ein separates Abkommen in dieser Frage.

G. R. Gen. **Dziki** anerkennt die Vorteile des Vertrages und ist für dessen Annahme; ebenso G. R. **Limachowicz**. G. R. Gen. **Feuder** findet es an der Zeit, daß endlich die aufreibende Angelegenheit mit dem Werke beendet wird. Gegen die jetzige Personalpolitik müsse etwas unternommen werden. Es gehe nicht an, daß ortsansässige qualifizierte Kräfte grundlos aufs Pflaster geworfen und durch Protektionskinder aus dem Osten ersetzt werden.

Vizebürgermeister **Follmer** entgegnet als Obmann des Elektrizitäsausschusses auf die Kritik des Vertrages durch Ing. Wiesner, daß sich dieser in den Vorberatungen wohl für Verbesserungen einzelner Punkte einsetzte, aber schließlich dem Vertragsentwurfe, welcher den Vertretern der „Elektrownia" als Verhandlungsunterlage eingesandt wurde, zugestimmt habe. In diesem Entwurfe waren die Einwände des Ing. Wiesner enthalten und Redner kann es nicht begreifen, daß dieser sich bei den endgültigen Verhandlungen mit den Vertretern der „Elektrownia", an denen Ing. Wiesner teilnahm, nicht ebenso energisch einsetzte, wie er es heute tue; im Gegenteil, die Vorteile in dem umfangreichen Fragenkomplex fanden sein Einverständnis.

In seinem Schlußworte kam der Referent G. R. Dr. **Robinsohn** auf die Einwände des G. R. Ing. Wiesner nochmals zu sprechen und hob hervor, daß mit einer allgemein gehaltenen Kritik nichts anzufangen sei. Alle Zahlen stützen sich auf gründliche Berechnungen und Ing. Wiesner habe nicht in einem Punkte mit zahlenmäßigen Unterlagen Einwände erhoben. Es sei deshalb heute schwer, seinen Standpunkt zu begreifen.

Bei der Abstimmung zeigte es sich, daß der von jungdeutscher Seite so stark kritisierte Zusatzvertrag auch mit den Stimmen des Ing. Wiesner und seinen Klubkollegen **einstimmige Annahme fand.**

Bürgermeister Dr. **Kobiela** dankte hierauf den Mitgliedern des Elektrizitätsausschusses vor allem dessen Obmann Vizebürgermeister Gen. Follmer, dem Referenten Dr. Robinsohn, dem Sachverständigen der Wojewodschaft Ing. Macura, nicht zuletzt dem städtischen Sachverständigen Ing. Walter und Magistratsrat Dr. Broda.

Hierauf vertrauliche Sitzung.

Bücherschau

Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg. Erster Band: „Nationalisierung — Fehlrationalisierung" von Otto Bauer. In drei Bänden gibt Otto Bauer unter dem gemeinsamen Titel „Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg", ein Werk heraus, das in gemeinverständlicher Weise die Verhältnisse des Kapitalismus, wie sie sich in der Nachkriegszeit entwickelt haben, darstellt, und auch zeigt, welche Schlüsse der Sozialismus aus dieser Entwicklung ziehen kann. Vorläufig ist nur der erste Band unter dem Spezialtitel „Rationalisierung — Fehlrationalisierung" erschienen, während die anderen zwei Bände, welche die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung auf der Grundlage der neuen Produktionstechnik darstellen sollen, sich noch im Druck befinden. Aber schon dieser erste Band, der von der Rationalisierung und Fehlrationalisierung spricht, dringt in die Geheimnisse der kapitalistischen Produktionsart hinein, erklärt genau die Entwicklung derselben durch Verbesserung der technischen Betriebe, durch Erhöhung des Wirkungsgrades der Energie, durch Verbesserung der Arbeitsmethoden, wodurch die Arbeitsintensität immer mehr geboten wird, durch Typisierung der Produkte, Organisation der Betriebe und Methoden ihrer Führung, um nachzuweisen, welche Folgen diese Art der Rationalisierung für die Weltwirtschaft gebracht hat. Nach dem Weltkriege, in welchem die ganze Produktion auf die Erzeugung von Kriegsmitteln, Mordwerkzeugen, Munition usw. eingestellt war, mußte diese auf den Friedensbedarf umgestellt werden, und so entstand eine Rationalisierungs-Konjunktur, welcher dann, nachdem nicht gleichzeitig für die Hebung der Konsumfähigkeit gesorgt wurde, die internationale Weltwirtschaftskrise gefolgt ist. Der Autor weist nach, daß diese Art der Rationalisierung, welche eigentlich zum Segen der menschlichen Gesellschaft werden sollte, verfehlt ist und weil sie nur die Erhaltung des kapitalistischen Produktionssystems zum Zwecke hatte, an diesem System scheitern muß und nennt sie deshalb eine Fehlrationalisierung. Die kapitalistische Rationalisierung hat zwar in wenigen Jahren die Produktivität durch beispiellos schnelle Umwälzung der Technik gewaltig gehoben, hat aber auch die Volksmassen ins größte Elend gestürzt. Diese Erfahrung ruft die Auflehnung der Massen gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem hervor. Der Rationalisierung der Betriebe muß die Rationalisierung der Gesellschaftsordnung folgen. Diese kann nur im Klassenkampfe der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse errungen werden und das ist die Aufgabe des Sozialismus! Dieses Buch ist jedem, ob Politiker oder Gewerkschaftler, überhaupt jedem Genossen, aufs beste zu empfehlen. Ein jeder wird in demselben sehr viel wertvolles Material für die Diskussion, für ein Referat, und dergleichen finden und so aufklärend wirken können. Der schön ausgestattete Band kostet, geheftet 4,30 Rmk., in Leinen gebunden 5,50 Rmk. und ist in der Wiener Volksbuchhandlung, Wien 6, Jumpendorferstraße 18, aber auch durch sämtliche Buchhandlungen zu beziehen. H.

„Wo die Pflicht ruft!"

Generalversammlung des Radioklubs.

Der Vorstand des Radioklubs macht alle Mitglieder darauf aufmerksam, daß am Montag, den 18. Mai l. Js., um 8 Uhr abends, im Physiksaale der Zennerbergschule die diesjährige Generalversammlung mit folgender Tagesordnung stattfindet:

1. Verlesung des Protokolles der letzten Generalversammlung.
2. Berichte der Obmänner, des Kassiers und des Materialverwalters.
3. Neuwahl des Vorstandes und der Rechnungsprüfer.
4. Festsetzung der Monatsbeiträge und der Aufnahmegebühr.
5. Anträge und Allfälliges.

Die Mitglieder werden ersucht, zu dieser Generalversammlung im eigensten Interesse zu erscheinen.

Sollte um 8 Uhr die Generalversammlung nicht die erforderliche Zahl der Anwesenden aufweisen, findet um 8½ Uhr die zweite Versammlung ohne Rücksicht auf die Anzahl der Anwesenden statt.

Mit Rücksicht auf die Generalversammlung entfällt der Bastelabend an diesem Montag.

Wochenprogramm des „Vereins jugendlicher Arbeiter" Bielitz.

Mittwoch, den 6. Mai, um 7 Uhr, Mädchenhandarbeit.

Donnerstag, den 7. Mai, um 7 Uhr, Vorstandssitzung.

Freitag, den 8. Mai, um 6 Uhr, Musikprobe für Anfänger im kleinen Saal.

Sonntag, den 10. Mai, um 2 Uhr nachm., Vereinsausflug.

Achtung Olympia-Fahrer.

Alle diejenigen, welche zum 2. Olympia nach Wien fahren wollen, müssen sich bis spätestens 12. Mai beim Gen. Pietras Gottfried, anmelden. Spätere Meldungen werden nicht mehr angenommen.

Lokalorganisation Bielitz. Donnerstag, den 7. Mai findet um 7 Uhr abends, die fällige Vorstandssitzung im Kinderfreundezimmer, statt. Die sozialistischen Gemeinderäte werden zu dieser Sitzung ebenfalls eingeladen. Pünktliches Erscheinen aller ist Pflicht.



Der König von Italien auf der deutschen Ausstellung in Rom

König Viktor Emanuel im Gespräch mit Direktor Gericke von der Deutschen Akademie in Rom; im Hintergrund rechts Botschafter von Schubert. — In der Villa Massimo, dem Sitz der Deutschen Akademie zu Rom, wurde eine Ausstellung von Werken der Akademie-Mitglieder durch das italienische Königspaar eröffnet.

Die kleinste Republik der Welt

Die fünf Bürger — Wer das Plakat entfernt ...

Im Staate Neuyork, etwa eine zehnstündige Reise von der Hauptstadt entfernt, liegt „George Junior Republic“, das heißt eine Republik für Jungen und Mädchen im Alter von 16 bis 21 Jahren. Das Areal dieser Republik umfaßt 144 Hektar Land, so daß der Name der „kleinsten Republik“ zu Recht besteht.

Ihr Begründer war William R. George. Ursprünglich war er ein Neuyorker Geschäftsmann, der sich indessen nicht recht viel um sein Geschäft bekümmerte, sondern in den Armenvierteln Neuyorks umherstreifte und eine Kameraderie mit den Straßenkindern anbahnte. Schließlich kam er auf die Idee, diese verunrechteten Kinder aus der Großstadt zu entfernen. Im Jahre 1895 ging er an die Erschaffung seiner berühmten Sommerkolonien, indem er mit 144 mehr oder weniger wohlerzogenen Neuyorker Jungens und

mit 10 Cent in der Tasche die Reise nach Freewille antrat,

welche die spätere Republik werden sollte.

Dem Mutigen gehört die Welt, und so gelang es auch George, hier und da etliche Dollars einzukassieren, mit denen er dann am 10. Juli 1895 die Republik startete. Dieser Tag wird heute noch als Gründungstag gefeiert.

Williams George führte seine Jungens damals auf einen alten Hof, wo sich nur einige, verwitterte Gebäude befanden, welche gründliche Reparaturen notwendig machten. Die Jungen erlebten einen herrlichen Sommer, aber niemand hatte so viel Freude, wie George selbst; denn sein ganzes Interesse wurzelt in der Arbeit für die „Straßenjungens“. Unter seiner Leitung wurden den Knaben, welche hier als „Bürger“ galten, ihre ersten Pflichten aufgebürdet. Schließlich gab es einen Präsidenten, einen Vizepräsidenten und ein Ministerium. Ueberdies wurde ein Richter erkoren und Polizisten aufgestellt. Die besuchenden Touristen hielten die kleine Kolonie selbstverständlich für eine Spielerei und es bedurfte Jahre, bevor die klugen Leute begriffen, daß es sich hier um ein neues Erziehungssystem handelte.

Nachdem George mit seiner neuen Menschengemeinschaft die besten Erfahrungen gemacht hatte, wollte er seine Tätigkeit auch nicht während des Winters aufgeben.

Nachdem die Sommergäste in die Stadt zurückgekehrt waren, behielt er fünf Jungens zurück und teilte mit ihnen ein spartanisches Leben.

Wochenlang bestand die Kost nur aus Kartoffeln. Das Dach des alten Hauses, welches sie bewohnten, wurde vom Sturm gehörig zerzaust und durch die teils zerschlagenen Fensterscheiben pfiff der Wind. Zudem fiel in diesem Winter das Thermometer bis 35 Grad Celsius unter Null.

Aber die Vorfreude auf die Sommerrepublik ließ die „fünf Bürger“ nicht verzweifeln und sie bereiteten alles für die Kameraden aus Neuyork vor. Diese kleine tapfere Schar arbeitete mit unermüdlichem Fleiß für ihre Idee, so daß bereits der nächste Sommer den Ruhm der „George Junior Republic“ in ganz USA. verbreitete, und zwar gerade auf Grund ihrer standhaften Winterarbeit;

denn die „fünf Bürger“, die sich durch den harten Winter geschlagen hatten, wurden zu Leitern der Sommer-Republik.

Bereits im Herbst bat eine ansehnliche Zahl Neuyorker Jungens um die Erlaubnis, auch im Winter bleiben zu dürfen. Auf diese Art wurde die „George Junior Republic“, wie sie heute noch existiert, zu einem Faktor.

Männer wie Theodore Roosevelt und andere Prominente besuchten die Republik und verbreiteten ihren guten Ruf durch Zeitungsartikel.

Das Leben der Republik gestaltet sich, wie es in einem amerikanischen Dorf üblich ist. Nur mit dem Unterschied, daß die Bewohner aus Jugendlichen im Alter von 16 bis 21 Jahren bestehen, die nach ihren eigenen Gesetzen leben, mit ihrer eigenen Polizei und ihrem eigenen Strafsystem Justiz halten. Der Respekt vor diesen Gesetzen ist nicht geringer als anderswo in der Welt.

Nach Schulbesuch arbeiten die Kinder für ihr tägliches Brot, indem die Losung der Republik heißt: „Nichts ohne Arbeit.“

Will ein Junge etwa nicht arbeiten, kann er kein Geld fürs Essen verdienen, hat er weder Kleider noch Quartier; denn ohne Bezahlung erhält er nichts.

Die Republik hat ihr eigenes Münzsystem, ihre Bäckerei, ihre Meierei, ihre Schneiderwerkstatt, ihre Tischlerei, Buchdruckerei usw., in welchen Betrieben alle Arbeiten durch die Jungens erledigt werden, die dort, selbstverständlich gegen Bezahlung, arbeiten. Mit Rücksicht auf die notwendige Fachausbildung liegt die Leitung dieser Werkstätten selbstverständlich in den Händen von Erwachsenen.

Als Beispiel dafür, wie eifrig die Knaben an den Interessen ihres Gemeinschaftslebens teilnehmen, mag eine Wahlkampagne in der Republik gelten. Es geschah einmal, daß im Reichstag ein Streit wegen einer Valuta-Frage entstand. Es handelte sich dabei um die Währung der Republik und die von USA. Es bildeten sich zwei Parteien, die Volkspartei und die Ting-Partei. Die beiden Parteien standen sich scharf gegenüber — ja es ging sogar soweit, daß die Mitglieder der Volkspartei vor ihrem Fenster eine Vogelscheuche anbrachten, welche ein Mitglied der Ting-Partei karikierte. Derart verhöhnt, wandte sich eine Deputation der Ting-Partei an den nur 18jährigen Polizeimeister. Die Folge davon war, daß der junge Polizeibeamte ein Manifest vom Stapel ließ, worin er dazu aufforderte, daß alle politischen Plakate ohne Rücksichtnahme auf die Parteien augenblicklich entfernt werden sollten.

Nach einigen bewegten Auftritten wurde dem Befehl stattgegeben.

Nach einigen Stunden aber entdeckte ein Anhänger der Volkspartei, daß vor dem Fenster eines Rechtsanwalts ein Plakat mit der Liste von Wahlkandidaten der Ting-Partei aushing.

Er hatte nichts Eiligeres zu tun, als den Polizeimeister zu alarmieren, welcher in höchsteigener Person in die Wohnung des Rechtsanwalts ging und ihn aufforderte, das Plakat fortzunehmen. Der Rechtsanwalt, ein sehr heißblütiger junger Mann, weigerte sich, und als der Polizeimeister einen anderen Bediensteten mit der Arbeit beauftragte, lief der junge Jurist wie ein Rasender in sein Zimmer, um mit einem geladenen Gewehr wiederzukehren, welches er zum Fenster hinausstreckte. Dabei rief er mit Stentorstimme: „Wer dies Plakat entfernt, den schieße ich nieder!“ Die versammelten Zuschauer begriffen nur zu gut, daß der ehemalige Neuyorker Straßenjunge höchstwahrscheinlich sein Vorhaben ausführen würde, wenn man ihn weiterhin reizte.

Der arme Polizeimeister wußte sich keinen anderen Rat, als sich in das Büro des Herrn George zu begeben und ihm die Sache zu erklären. Schließlich fragte er aufgebend: „Was soll ich nur tun?“ Innerlich amüsierte sich Herr George, entgegnete aber scheinbar ernst:

„Was meinst du denn, was der Polizeimeister von Neuyork im selben Falle tun würde?“

„Wieder schießen!“ Herr George lächelte und sagte: „Gehe hin und tue desgleichen! Hier hast du ein Gewehr.“ (Herr George wandte dem Jungen einen Augenblick den Rücken zu, um sich davon zu überzeugen, daß das Gewehr nicht geladen war, bevor er es ihm in die Hand drückte.) Der Polizeimeister stürzte auf den Schauplatz des Dramas zurück, wo der Rechtsanwalt noch immer seinen Schießprügel zum Fenster hinaushielt. Der Polizeimeister ließ das Plakat herunternehmen, stürzte in das Büro des Rechtsanwalts und polterte gegen dessen verschlossene Tür: „Oeffnen!“ Sie sind verhaftet wegen öffentlicher Ruhestörung!“ Erst als man dabei ging, die Tür gewaltsam zu öffnen, gab der nun etwas eingeschüchterte Jurist nach. Schließlich wurde er für sein unsinniges Auftreten nach Maßgabe des Gesetzes bestraft.

Ein Wunder-Pflug

Der englische Ingenieur Ford — nicht der Autokönig! — hat einen Wunderpflug konstruiert, der ohne jede menschliche Bedienung, völlig selbständig arbeiten soll. Der Landwirt kann die Maschine also abends auf das Feld stellen, und wenn er aufwacht, ist die ganze Arbeit getan. Der Erfinder behauptet kühn, die ersten Versuche seien erfolgversprechend gewesen.

Sprechstunde beim Kurpfuscher

Das Wartezimmer überfüllt — Die Wunderdiagnose — Verbrecherisches Treiben

Wer während der Nachmittagsstunden die Straßen der Großstadt durchstreift, kann ab und zu einige Männer sehen, die mit betonter Heimlichkeit den Passanten kleine Zettel in die Hand drücken. Um was mag es sich handeln, fragt man sich? Welche geheimnisvollen Dinge mögen auf diesen buntfarbigen Zetteln so verstohlen angepriesen werden? Neugierig geworden, läßt man sich ein Papier in die Hand drücken, und erstaunt liest man, daß man in einem näher bezeichneten Institut von allen Uebeln der Welt in beispiellos kurzer Zeit und für beispiellos wenig Geld befreit werden kann. Zwar ist man gewohnt, derartige Anerbietungen skeptisch zu betrachten, aber trotzdem entschließt man sich doch einmal das Gesundheitsinstitut aufzusuchen.

Viele Aerzte wären erfreut, wenn in ihrer Sprechstunde nur die Hälfte der Patienten säße, die im Vorzimmer des Kurpfuschers warten. Leute, die an den verschiedensten Krankheiten leiden, sind in der Hoffnung auf baldige Heilung hingekommen. Da sieht man Zuckerkranke, neben Patienten, die an veralteten Beinleiden laborieren, Lungenkranke und merkwürdigerweise hauptsächlich Krebskranke. Es ist erschütternd, daß hauptsächlich Patienten, die an dieser furchtbaren Krankheit leiden, ihre Zuflucht bei einem Kurpfuscher suchen. Daneben stellen das größte Kontingent der Ratsuchenden die Magenkranken. Patienten, aus deren Schilderungen schon der Laie sieht, daß es sich nur um Magengeschwüre handeln kann, berichten Wunderdinge davon, wie der Kurpfuscher ihre Gallensteine beseitigt hätte. Es liegt eine Art Psychose über diesem Menschen.

Endlich ist die lange Wartezeit vorüber, und man darf in das Allerheiligste, in das Behandlungszimmer, eintreten. Zwei Herren, ein jovialer, älterer und ein mehr weltmännisch sich bewegender jüngerer Mann begrüßen den Ratsuchenden. „Unsere Spezialität ist die Augendiagnose“, erklärt der Aeltere. „Setzen Sie sich auf diesen Stuhl, erzählen Sie Ihre Beschwerden, lassen Sie sich in die Augen leuchten und ich werde Ihnen in kurzer Zeit eine unfehlbare Diagnose stellen.“ Während man irgend welche schnell erfundene Krankheitssymptome, die man während einer Blinddarmreizung empfunden hat, schildert, sieht sich der joviale Mann die Augen des Besuchers an. Längere Zeit schweigt er, dann blättert er in einem dicken Folianten, der angeblich die tiefen Weisheiten vergangener Jahrhunderte enthalten soll, und endlich erklärt der moderne Doktor Eisenbart: „Nach den Beschwerden, die Sie mir geschildert und nach dem Befund, den ich durch die Augendiagnose festgestellt habe, leiden Sie nicht nur am Herzen, Sie sind leider auch mit den Nieren gar nicht in Ordnung. Ich würde Ihnen vorschlagen, eine Kur bei mir zu gebrauchen, die etwa zwanzig Sitzungen umfaßt.“ Auf die schüchterne Frage, wieviel eine solche Behandlung kosten könne, erwidert der Kurpfuscher, daß sich der Preis zwischen 200 Mark und 300 Mark bewegen dürfte. Als vorsichtiger Geschäftsmann bietet er aber auch zugleich eine billigere Kur mit einem Universaltee an, der schon für etwa 10 Mark zu haben sei. Mit der festen Versicherung, bald wiederzukommen, empfiehlt man sich, nicht ohne von dem Pseudoarzt auf die üblichen Folgen einer Verzögerung aufmerksam gemacht worden zu sein.

Wenn man auch zugeben muß, daß ein geringer Prozentsatz der in Deutschland tätigen Kurpfuscher selbst an ihre Heilmethoden glauben mag, kommt man doch zu der Ueberzeugung, daß die Mehrzahl dieser „Heilkundigen“ geschäftstüchtige, gewissenlose Männer sind, die nicht nur möglichst viel Geld mit ihrer angeblichen Kunst zu verdienen suchen, sondern die auch wider besseres Wissen ihre Patienten an Leib und Leben schädigen. Vor einiger Zeit erst wurden einige besonders krasse Fälle bekannt. Eine fünfundsechzigjährige Frau, die an Magenkrebs litt, suchte einen Kurpfuscher auf, der sie mit einem Universalmittel, nämlich mit Schafgarbentee, behandelte. Der Zustand der Frau verschlechterte sich zusehends, aber trotzdem sie schließlich nicht mehr essen konnte, glaubte sie fest an ihren Peiniger. Als die Frau schließlich starb, fand man bei der Leichenöffnung ein Krebsgeschwür am Magen, das durch rechtzeitige Operation hätte beseitigt werden können. Als man den seltsamen Heilkundigen näher unter die Lupe nahm, entdeckte man, daß dieser Mann bereits wegen Betruges und schwerer Urkundenfälschung vorbestraft war. Wieviel der Kurpfuscher verdiente, kann man ermessen, wenn man bedenkt, daß er seinen Tee mit etwa 800 Prozent Verdienst verkaufte. Eine andere Frau, die an Brustkrebs litt, wurde von dem Kurpfuscher davon abgehalten, eine Operation an sich vornehmen zu lassen. Da man dem „Heilkundigen“ nachweisen konnte, daß er wider besseres Wissen gehandelt hatte, wurde er zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Unangebrachtes Vertrauen brachten Eltern einem gewissen Kurpfuscher entgegen, dem sie ihr krankes Kind zuführten. Das Kind litt an einer bösartigen Augenkrankheit, die durch eine Operation hätte geheilt werden können. Der Kurpfuscher verordnete ihm jedoch längere Zeit harmlose Mittelchen, die er sich sehr hoch bezahlen ließ. Schließlich bekamen die Eltern doch Angst, sie brachten ihr Kind in eine Augenklinik, wo es sofort operiert wurde. Aber es war schon zu spät, das Kind starb, und bei der Sektion stellte sich heraus, daß infolge der Verzögerung, die der Kurpfuscher verschuldet hatte, eine Gehirnvereiterung eingetreten war.

Das sind nur einige besonders markante Fälle, die die Oeffentlichkeit erfährt. Wieviel Tragödien mögen sich aber im Stillen abspielen, von denen die Umwelt nichts ahnt? Das Kurpfuschertum in Deutschland ist eine böse Landplage. Zwar strebt man schon seit längerer Zeit eine Verschärfung der bestehenden Vorschriften an, aber noch immer sind keine entscheidenden Schritte in dieser Angelegenheit getan worden, noch immer dürfen gewissenlose Menschen verzweifelten Kranken hohe Summen für wertlose Medikamente abnehmen.

A. B.



Begeisterter Empfang des spanischen Ministerpräsidenten in Barcelona

Ministerpräsident Zamora (im Auto links) und Oberst Macia, der Präsident der katalanischen Republik, bei der Fahrt durch Barcelona.

Der neue spanische Ministerpräsident und vorläufige Staatspräsident Zamora stattete der Hauptstadt der neuerrichteten katalanischen Republik Barcelona einen Besuch ab, um mit dem Präsidenten, Oberst Macia, die künftige innere Gestaltung Spaniens zu besprechen.

Rundfunk

Kattowitz — Welle 408,7

Donnerstag. 12,15: Mittagskonzert. 12,35: Konzert für die Jugend. 14,40: Vorträge. 16,30: Schallplatten. 17: Vorträge. 17,45: Solistenkonzert. 18,45: Vorträge. 20,30: Unterhaltungskonzert. 23,10: Aus Operetten.

Warschau — Welle 1411,8

Donnerstag. 12,35: Schulfunk. 14: Vorträge. 16,15: Schallplatten. 17,15: Vortrag. 17,45: Solistenkonzert. 18,45: Vorträge. 20,30: Volkstümliches Konzert. 22,15: Abendkonzert. 23,10: Tanzmusik.

Gleiwitz Welle 259. Breslau Welle 325.

11,15: Zeit, Wetter, Wasserstand, Presse.
11,35: 1. Schallplattenkonzert und Reklamedienst.
12,35: Wetter.
15,20: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht, Börse, Presse.
12,55: Zeitzeichen.
13,35: Zeit, Wetter, Börse, Presse.
13,50: Zweites Schallplattenkonzert.

Donnerstag, den 7. Mai. 6,30: Funkgymnastik. 6,45—8,30: Frühkonzert. 9: Schulfunk: In der Reichskanzlei. 12,35: Wetter; anschließend: Was der Landwirt wissen muß! 15,20: Musikfunk für Kinder. 15,45: Das Buch des Tages. 16: Unterhaltungsmusik. 17: Zweiter landw. Preisbericht; anschließend: Die kurische Nehrung. 17,30. Das wird Sie interessieren! 18,10: Wesen und Aufgabe der Physik. 18,35: Stunde der Arbeit. Der Urlaubsgedanke der Arbeitnehmer. 19: Wettervorhersage; anschließend: Entwicklung und Ergebnisse der Physik. 19,30: Aus Berlin: Tanzabend. 21,10: Familie Schimek. 20,20: Zeit, Wetter, Sport, Programmänderungen. 22,30: Das Mikrofon belauscht die Nachtigall. 22,50: Schlesische Arbeitsgemeinschaft „Wochenende". 23: Alte und neue Tanzmusik. 0,30: Funkstille.

Vermischte Nachrichten

Aus der Geschichte des Weinbaues.

Der Weinstock gehört zu den ältesten Kulturpflanzen. Wenn man den Berichten der Bibel glauben darf, hat sogar schon Noa einen Weinberg angelegt, Wein gekeltert und auch einen gehörigen Schluck vertragen können. Eins ist aber gewiß: daß die Menschen die süßen Beeren der wildwachsenden Reben sehr früh kennen und schätzen gelernt haben. Ziemlich sicher ist es, daß die Verbreitung der Weinkultur gleichzeitig mit dem Fortschreiten der Allgemeinkultur sich von Osten nach Westen vollzog. So kam der Weinbau nach Griechenland und Italien, von da aus nach Frankreich und Deutschland. In Deutschland beschränkt sich der Weinbau fast nur auf das Gebiet des Rheins und seiner Nebenflüsse, aber hier wachsen Weine, die es mit den besten Weinen der Welt aufnehmen können.

Auch Tiere sind neugierig.

Viele menschliche Eigenschaften finden sich bei Tieren wieder, so auch bei ganz jungen das Verlangen, die Umgebung neugierig zu durchforschen und sie kennenzulernen. Aber auch bei erwachsenen Tieren der Wildnis findet man oft eine gewisse Neugier dem Menschen gegenüber, wovon G. B. Gooch in einer amerikanischen Zeitschrift einige Fälle zu berichten weiß. Man kann Bienen beobachten, die nicht nur den Menschen dauernd umfliegen, sondern wenn man sie gewähren läßt, über den Körper des Menschen kriechen und ihn genau erforschen. Auch Fledermäuse fliegen eng um den Menschen. Auf dem Land wird man oft von Vögeln begleitet, die in ihrem Jagdrevier von Hecke zu Hecke folgen. Einst ging Gooch unter den Kalkfelsen am Meer und wurde dabei 300 Meter weit von einem Rotkehlchen in diese für das Tier ganz ungewohnte Umgebung verfolgt, wobei es sich in der Gehgeschwindigkeit ganz nach ihm richtete und endlich mit ihm zum Fischerdorf zurückkehrte. Dann wieder sah er am Rand des Flusses, wie eine Waldwühlmaus, gedeckt durch das dichte Moos, bis auf 15 Zentimeter an ihn herankam, ihn dabei starr beobachtete und nach der gleichen Richtung schnupperte. Er verhielt sich unbeweglich, so daß das Tier ihn wohl für ungefährlich hielt und dann sorglos und ohne Deckung davonlief.

Man kann auch absichtlich die Neugier der Tiere hervorrufen, wie dies eine Frau tat, die das Rufen des Buchfinken eifrig erwiderte und so erzielte, daß der Vogel ihr 550 Meter weit längs einer Hecke folgte. Als sie halt machte, beobachtete er sie angestrengt von den Zweigen eines Baumes aus. In einem anderen Falle ahmte jemand den Ruf des Kuckucks im Walde nach, der darauf neugierig näher kam, sich im nächsten Baum niederließ und so lange seinen Ruf ertönen ließ, bis er gegenüber seinem Wettbewerber das letzte Wort behielt. Es gelang auch durch Winken mit einem Taschentuch, eine Wasserratte zum Näherkommen zu veranlassen, die dann aus der Nähe den ihr unerklärlichen Vorgang anstarrte. Kaninchen pflegen sich beim Anblick von bedrohlichen Erscheinungen durch zwei kurze Schläge mit den Hinterläufen aufmerksam zu machen. Als Gooch, in der Abenddämmerung im Walde sitzend, mehrere Kaninchen auf sich zukommen sah, ahmte er mit der flachen Hand die Schläge auf den Boden nach, so daß viele Tiere dann furchtlos bis auf drei Meter nahe kamen. Dann gaben sie drei Schläge auf den Boden und hüpften noch näher, obwohl ihnen doch die menschliche Gestalt bekannt sein mußte. Erst als er sich erhob, zerstreuten sich die großen Massen neugieriger Kaninchen.

Eine Statistik über die Mütter der Welt.

Die Internationale genossenschaftliche Frauengilde will eine große Rundfrage an die Mütter der Welt veranstalten, um nicht vom grünen Tisch aus, sondern aus den Erlebnissen und Erfahrungen der Wirklichkeit feststellen zu können, ob der Gedanke einer Mutterschaftsversicherung oder die Organisation öffentlicher Einrichtungen in Kinderpflege und Haushalt für die berufstätige Mutter wie überhaupt die Stellung der Mütter zu den Fragen von Beruf und Mutterschaft am besten den Bedürfnissen der Frauen entspricht. Gleichzeitig sollen dabei die Verhältnisse der Müttersterblichkeit, die auch eine Erhebung der Gesundheitskommission des Völkerbundes untersucht, zur Unterstützung dieser Erhebung mit erfragt werden. Der Völkerbund hat für diese wichtige große Rundfrage Geldmittel zur Verfügung gestellt.

Bezirk Oberschlesien der D. S. A. P.

An alle Ortsvereine der D. S. A. P., Vertrauensmänner und Ortsgruppen der Arbeiterwohlfahrt!

Parteigenossen! Parteigenossinnen!

Die Parteileitung beruft für Sonntag, den 17. Mai, vormittags 9 Uhr, ins „Christliche Hospiz," ul. Jagiellonska Nr. 17, (früher Prinz Heinrichstraße) nach Kattowitz die fällige

Jahreskonferenz

mit folgender

Tagesordnung

ein

1. Eröffnung und Konstituierung,
2. Geschäftsbericht, Ref. Gen. Kowoll, Kassenbericht, Ref. Gen. Matzke,
3. Diskussion zu beiden Punkten.
4. Bericht über die Arbeiten der sozialistischen Fraktion im Schlesischen Sejm, Ref. Gen. Dr. Glücksmann.
5. Diskussion.
6. Die sozialistische Schulung der Funktionäre und die Aufgaben der Partei in der Wirtschaftskrise, Ref. Gen. Kowoll.
7. Wahl des Vorstandes.
8. Anträge und Verschiedenes.

Anträge zur Konferenz müssen spätestens am 10. Mai im Besitz der Bezirksleitung sei.

Die Beschickung der Konferenz erfolgt nach Angaben im besonderen Rundschreiben, die Delegiertenzahl wird der Abrechnung des 1. Quartals für 1931 zugrunde gelegt.

Mit sozialistischem Gruß.
Die Parteileitung
J. A. Kowoll.

Versammlungskalender

Kattowitz. Der Arbeiterschachbund veranstaltet auch in diesem Jahre ein Qualifikations-Turnier um die Spielstärke festzustellen. Beginn des Turniers das an den Spielabenden Montag und Donnerstag, 19 Uhr, im Zentralhotel ausgetragen wird, beginnt am Donnerstag, den 7. Mai. Das Turnier dauert bis zum 15. September. Es ist Pflicht jedes einzelnen Mitgliedes sich daran zu beteiligen. Neue Mitglieder die bis zum 31. Mai dem Verein beitreten können sich daran beteiligen. Heil Schach!

Arbeiter-Schachler. (Bundesvereins-Tournier.) Am 10. Mai 1931 spielten folgende Vereine: Hohenlohehütte in Königshütte, Kattowitz in Bismarckhütte, Eichenau in Siemianowitz.

Friedenshütte. (Esperanto.) Am Mittwoch, den 6. Mai, 5 Uhr nachm., findet im Lokal des Herrn Wicza die Monatsversammlung des Esperantovereins in Nowy-Bytom statt.

Königshütte. (Freie Turner.) Mittwoch den 6. Mai, abends 7 Uhr, Vorstandssitzung im Volkshaus, Königshütte (Restaurant). Pünktliches Erscheinen aller Vorstandsmitglieder ist Pflicht.

Königshütte. Der alte Wirtschaftsverband der Kriegsverletzten und -Hinterbliebenen hält heute (Mittwoch, den 6. d. Mts.), abends um 7 Uhr, in Königshütte bei Poremba, Tempelstraße, eine Versammlung ab. Hauptgegenstände der Beratungen werden sein: 1. die Zuwendung einer außergewöhnlichen Beihilfe von 30 Zloty an die Witwen mit 50 Prozent Rente und 2. die Stellungnahme der Sozialkommission des Schles. Sejms zu den Bemühungen des Wirtschaftsverbandes, um die Abänderung des Versorgungsgesetzes.

Nikolai. Am Donnerstag, den 7. Mai, findet eine öffentliche Versammlung für die Arbeitslosen von Nikolai, sowie auch aus der Umgegend veranstaltet von der D. S. A. P. und P. P. S. im Saale des Herrn Ratka „Hotel Polski" am Ringe, um 12 Uhr mittags statt. Es werden alle Genossen und Gewerkschaftler gebeten in dieser Versammlung zu erscheinen. Referent: Genosse Janta und Dr. Glücksmann.

Nikolai. (Esperantokursus.) Genossen die sich beim Vorsitzenden der D. S. A. P. Ortsgruppe Nikolai zum Esperantokursus gemeldet haben, werden zu einer Sitzung für die weitere Besprechung in dieser Angelegenheit für den Sonnabend, den 9. Mai im Lokal des Herrn Ciossek, um 7 Uhr abends, eingeladen.

D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt.

Eichenau. Am Sonntag, den 10. Mai, vormittags 9½ Uhr, findet im Lokale Fricowski eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Um vollzähliges Erscheinen wird gebeten. Referent zur Stelle.

Königshütte. Am Donnerstag, den 7. Mai, abends 7½ Uhr, findet im Büfettzimmer eine Mitgliederversammlung der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei statt. Infolge der Wichtigkeit der Tagesordnung (Wahl der Delegierten zur Jahreskonferenz) wird um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder gebeten.

Maschinisten und Heizer.

Versammlungen

Schwientochlowitz. Am Donnerstag, den 7. Mai, nachm. 5½ Uhr, bei Flegel Eisenbahnstraße.

Lipine. Am Freitag, den 8. Mai, nachm. 5 Uhr, bei Hecht, Krol.-Huda.

Freie Sänger.

Siemianowitz. Am Sonntag, um 12 Uhr mittags, Sammeln zum Ausflug nach Ems. Bei Regenwetter Zusammenkunft um 5 Uhr nachmittags bei Kozdon.

Freie Sportvereine.

Bismarckhütte. (Touristen-Verein „Die Naturfreunde".) Am Donnerstag, den 7. Mai, nachm. 7 Uhr, findet im Betriebsratbüro die fällige Monatssitzung statt.

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den Inhalt verantwortlich: Theodor Raiwa, Mała Dąbrówka; für den Inseratenteil: Franz Rohner, wohnhaft in Katowice. Verlag und Druck „Vita", nakład drukarski. Sp. z ogr. odp. Katowice, ul. Kościuszki 29.